

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbmonatlich 100 Mark, Einzelverkaufspreis 7 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtge-
schaltende Zeitung 24 Mark
für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsz-
eitung 22 Mark, für Reklame 75 Mark
Zeitungen für 1000 Stück 375 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nr. 259.

Sonntagnachmittag, 4. November 1922.

29. Jahrgang.

Dollar = 6000! Was wird werden?

Dr. L. Lübeck, 4. November.

Der Worte sind genug gewechselt, Taten laßt uns sehen.

In den letzten drei Tagen ist der Dollar von 4000 auf 6000 gestiegen; in den nächsten drei Tagen werden alle Preise um 50 Proz. steigen.

Und was geschieht dagegen? So oft haben wir an dieser Stelle verlangt, daß sich die Regierung endlich aus ihrer müden Untätigkeit aufrasse, daß sie endlich irgend, irgend etwas unternehme.

Seit Wochen wird immer und immer wieder der Gedanke erwogen, das Reichsbankgold als letzte verzweifelte Barriere der Sturmflut des steigenden Dollars entgegenzuwerfen. Aber über Erwägungen ist man nicht hinausgekommen. Havenstein, der Reichsbankallmächtige, wollte einfach nicht.

Kein Mensch kann voraussehen, wie die Preisgabe unseres letzten Goldbestandes sich auswirken würde. Aber eins ist sicher: die letzte, in ihrer Ungeheuerlichkeit durch nichts gerechtfertigte Marktkatastrophe wäre dadurch verhindert worden. Und das wäre doch immerhin etwas gewesen. So aber nützt das Gold in seinem Dornröschenschlaf überhaupt nichts.

Nun verhandelt die Reichsregierung mit der Reparationskommission. Der Erfolg ist noch ungewiß; die internationale Finanz- und Schieberwelt jedenfalls hat wenig Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis, sonst hätte sie nicht ihre panikartige Flucht aus der Mark angetreten.

Das Bedauerlichste bei der ganzen Verhandlung ist die Unentschlossenheit der deutschen Regierung. Sie weiß nicht, was sie will; positive Vorschläge konnte sie bisher nicht machen. Das ist die natürliche Folge der unheilsamen Krise, die unser parlamentarisches Leben mehr und mehr unterhöhlt, und die hier schon so oft gezeigt wurde.

Die Sozialdemokratie hat vor Wochen — sehr spät leider — eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die der Regierung als Grundlage für ihre Haltung dienen könnten. Sie sind nur die Grundlage für einen zermürbenden und lächerlichen Kuhhandel zwischen den verschiedenen Koalitionsparteien geworden. Und der Erfolg ist nichts als ein großes — Nichts, ein riesengroßes Fragezeichen. Das unheilvolle Bleigewicht der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hängt an den Füßen der Wirtschaftskoalition: drei Schritte vorwärts, drei zurück, wie bei den Echternacher Springprozessionen. Unterdes aber verhungert das Volk, verdienen Schieber und Spekulanten Milliarden.

Der Reichsfinanzminister hat der Reparationskommission seine „vorläufige“ Meinung vorgetragen. Seiner Weisheit höchster Sinn war, daß ohne Stabilisierung der Mark kein Budgetausgleich möglich sei, ohne Budgetausgleich aber auch keine Markstabilisierung. Zu einer solchen Erkenntnis war das Genie eines Hermes wirklich nicht nötig. Das konnte jeder Kaufmannslehrling der Reparationskommission ebenso gut vortragen; ist es doch die Melodie, die nachgerade jeder Spaz auf den Dachpfannen ableiert.

Aber das ist die bürgerliche Weisheit, wie sie auch in der letzten Bürgerschaftsdebatte wie graugelber Nebel über die Köpfe sich legte. Man geht um den Brei herum.

Wenn Budgetausgleich verlangt wird, dann will man erst Valutastabilisierung, und wenn Valutastabilisierung verlangt wird, will man erst Budgetausgleich. Im Grunde genommen will man also nichts, weil man niemand wehtun will.

Wir wollen erst über den Budgetausgleich, über die Ordnung der Reichsfinanzen, einige Betrachtungen anstellen. Sie werden leider sehr bitter ausfallen müssen.

Wir sind so weit gekommen, daß die Festbesoldeten, die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Fünftel aller Reichssteuern bezahlen müssen. Dabei beziehen sie, wenn es kommt, ein Drittel des gesamten Volkseinkommens, obwohl sie drei Viertel der Bevölkerung ausmachen. Von zwei Dritteln des gesamten Volkseinkommens werden also nennenswerte Steuern überhaupt nicht bezahlt. Ist es da ein Wunder, wenn die deutschen Finanzenrettungslos versumpfen?

Die Voraussetzung für jede Gesundung der deutschen Währung ist eine Gesundung der deutschen Steuerpolitik. Die Kapitalisten zahlen im Laufe dieses Jahres die Steuern für 1920 und 1921. Die Steuersumme ist nach ihrem Gewinn — vorsichtig gesagt — dieser Jahre festgesetzt; unterdes hat sich aber das Geld so sehr entwertet, und ihre Gewinne sind so sehr gestiegen, daß sie in Wirklichkeit höchstens ein Zehntel oder ein Zwanzigstel ihrer eigentlichen Steuererfüllung erfüllen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger aber führen Woche für Woche, Monat für Monat ihre stets steigende Steuerquote ab. Ist diese unterschiedliche Behandlung auf die Dauer exträtiglich?

Man soll sich nichts vormachen. Die steigende Flut der deutschen Not ist so hoch geworden, daß sie täglich, ja ständig, Tür und Tor sprengen und alles überschwemmen kann. Nur rücksichts- und bedenkenlose Maßnahmen können im letzten Augenblick helfen.

Wir warten seit Wochen vergebens darauf, daß irgend ein Finanzminister die eisenharte Forderung aufstellt: Die noch nicht bezahlten Steuersummen der vergangenen Jahre

werden auf das zwanzigfache erhöht; auf die schon bezahlten Steuern wird ein der jeweiligen Geldentwertung entsprechender nachträglicher Zuschlag erhoben; in Zukunft erhöht sich bei nachträglicher Steuerzahlung die Summe mit der Geldentwertung.

Diese Forderung würde ein ungeheures Geheul der Agrarier und Kapitalisten zur Folge haben; gewiß. Aber es ist immer noch besser, wenn die Großverdiener leben, als wenn Arbeiterkinder und Arbeiterfrauen sich Nach für Nacht vor Hunger in den Schlaf weinen, als wenn Arbeitslose wie ihrem Schicksal überlassene Tiere in kalten Höhlen langsam ihrem Ende entgegenstehen.

Eine der wenigen Einnahmen der Länder ist die Gewerbesteuer. Sie sollte für Lübeck nach den Gewinnsummen des Jahres 1921 in diesem Jahre rund 12 Millionen bringen. Was sind heute noch 12 Millionen? Wenn wird unsere Finanzbehörde auf den Gedanken kommen, diese Summe durch Zuschläge auf das dreifache bis vierfache zu erhöhen?

Wir wollen hier zu der neuen Grundsteuervorlage nicht Stellung nehmen; der Wohnungsbau muß gefordert werden, und dazu ist Geld nötig. Aber weshalb bringt man solche Rücksichtslosigkeit nur gegen die Mieter auf?

Eine Zwischenbemerkung sei uns hier gestattet. Ein Demokrat sprach das große Wort aus, man müsse die Großindustrie zu den besonderen Übungen besonders heranziehen. Als die Sozialdemokratie diese Großindustrie vor einigen Monaten tatsächlich besonders besteuern wollte, da sank den

gleichen Demokraten ihr wachsweiches Herz schmiedete in die Hosen. Worte und Taten!

Wir sagen es kurz heraus: wir verzweifeln unter den gegenwärtigen Umständen an den Regierungen, im Reich und in den Ländern. Die Ausgaben wachsen ins Ungeheuerliche, und für Einnahmen wird nicht gesorgt. Niemand hat den Mut, das wirklich verdienende Bürgertum energisch anzufassen. Man puntet, man drückt neues Geld, und man macht Schulden. Und wenn man dann nicht mehr ein noch aus weiß, dann ertönt der rettende Ruf: Arbeitet, arbeitet mehr!

Die Sozialdemokratie steht im Brennpunkt der Entwicklung. So weiter treiben dürfen die Verhältnisse keinesfalls. Entweder — oder. Entweder die Regierungen raffen sich zu Taten auf, oder die Sozialdemokratie hat in den Regierungen nichts mehr zu suchen. Zurzeit aber sind die bezüglichen Koalitionsregierungen von allen guten Geistern verlassen!

Das ist das traurige Ergebnis einer Betrachtung der deutschen Finanzpolitik, des vielgesuchten Budgetausgleichs.

Eine entsprechende Untersuchung über den anderen Teil des Steuerungsproblems, die deutsche Währungspolitik, würde nicht minder düsteres Ergebnis zeitigen. In den nächsten Tagen wird auch diese hier ausführlich besprochen werden; im Anschluß an die nächste Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei, die das Valutaproblem als Hauptpunkt ihrer Tagesordnung behandelt wird.

Äußere Anleihe — Finanzreform im Innern!

Die vorläufigen Reparationsvorschläge der Regierung.

Die Reichsregierung war bis Freitag abend — warum ist uns unbekannt — nicht in der Lage, der Reparationskommission einen endgültig ausgearbeiteten Vorschlag über Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und Balancierung des Staats vorzulegen. Statt dessen wurde den Vertretern der alliierten Staaten ein vorläufig fixierter Plan übermittelt, der bei der Ausarbeitung des endgültigen Vorschlags als Grundlage dienen soll.

In dem gestern überreichten Plan wird nach unseren Informationen einleitend darauf hingewiesen, daß eine Stabilisierung der Mark gleichzeitig mit der Balancierung unseres Staats erfolgen muß und daß ohne Stabilisierungsmaßnahmen eine Balancierung auf die Dauer unmöglich ist. Unter Hinweis auf die deutsche Steuergesetzgebung und die Herausgabe eines Teiles des Reichsbankgoldes zu Stabilisierungszwecken begründet die deutsche Fixierung dann die Zwecklosigkeit von Stabilisierungsmaßnahmen im Innern ohne äußere Hilfe. Eine große äußere Anleihe wird deshalb als Voraussetzung zu einer Stabilisierung der Mark und Balancierung unseres Staats für unbedingt notwendig erachtet. Vorausgesetzt, daß eine äußere Anleihe zustande kommt, ist die Reichsregierung nicht abgeneigt, auch den Goldbestand der Reichsbank teilweise zu Stützungszwecken für die Mark zu verwenden. Weiter verweist der Vorschlag darauf, daß eine äußere Anleihe aber nur dann möglich sein wird, wenn die durch das Londoner Défaut geforderten Verpflichtungen einer Revision unterzogen werden und eine langfristige Stundung sowohl der finanziellen wie materiellen Verpflichtungen eintrete. Die Regierung bezieht sich bei diesen Feststellungen besonders auf den Besluß der Pariser Bankierkonferenz, die bekanntlich in Übereinstimmung mit der englischen City der Aussicht war, daß ohne eine Ermäßigung der deutschen Verpflichtungen und ohne Stundung eine Anleihe unmöglich gewährt werden kann.

Eine Stundung der Sachleistungen wünscht die Regierung nur für Materialien, die nicht ausschließlich für den Wiederaufbau Nordfrankreichs Verwendung finden. Die Kosten für die Wiederaufbau-Lieferungen will sie nach Möglichkeit durch eine innere Anleihe aufbringen.

An Vorschlägen für Maßnahmen im Innern ist die Fixierung der Reichsregierung nach unseren bisherigen Informationen bitter arm. Sie liefert, statt positive Maßnahmen in Aussicht zu stellen, dadurch keinen tatkräftigen Beweis über den guten Willen Deutschlands zur möglichen Erledigung seiner Verpflichtungen. Nicht ein Wort der Vorschläge, die die Sozialdemokratie dem Reichskabinett unterbreitet hat, macht sich die Regierung bisher zu eigen. Statt dessen gibt sie der Reparationskommission den Trost, eine Erhöhung der Einnahmen und Verringerung der Ausgaben anzustreben. Zum Schluß wird dann noch eingehend der Beweis geführt, daß eine Finanzkontrolle über Deutschland nur eine Schädigung unserer Interessen und damit der Interessen der Ententeänder herbeiführen muß.

Bevor der endgültige Vorschlag der Reichsregierung nicht bekannt ist, kann man aus ihm keine näheren Schlussfolgerungen ziehen, aber darauf muß man gesetzt sein, daß er nach den bisherigen Verlautbarungen doch Anlaß zu eventuellen Konsequenzen gibt.

SPD. Die am Donnerstag abgebrochenen Besprechungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission wurden am Freitag in einer kurzen Sitzung fortgesetzt. Reichsfinanzminister Hermann überreichte dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Herrn Barthou, die vorläufig fixierten Vorschläge der Reichsregierung, die sich auf die Stabilisation der Mark und die Behebung der schwelenden Schuld beziehen. Es wurde vereinbart, diesen vorläufigen Plan bald durch endgültige Vorschläge zu ersetzen. Die Delegierten der Reparationskommission werden sich nun mehr zunächst mit der Auffassung der Reichsregierung über die zu unternehmenden Schritte beschäftigen und dann am Montag mit der Reichsregierung weitere Besprechungen führen.

Zusammentritt des Reichstages am 13. November.

SPD. Mit Rücksicht auf die Reparationsverhandlungen in Berlin wird der Reichstag am 7. November nicht zusammentreten. Der Verteilungsausschuß des Reichstages, der am Freitag in Gegenwart des Reichstagspräsidenten tagte, beschloß die Einberufung des Plenums dem Reichstagspräsidenten im Einvernehmen mit der Reichsregierung zu überlassen. Die Verhandlungen mit der Reparationskommission werden jedenfalls noch acht Tage in Anspruch nehmen, sodoch mit einem Wiederzusammentreffen des Reichstages vor dem 13. bzw. 14. November nicht zu rechnen ist. Ob im der Zwischenzeit der Auswärtige Amtshof zusammentrifft, hängt von dem Verlauf der Verhandlungen ab. Die Parteiführer werden über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten. — Die Besprechungen der Reichstagsausschüsse werden fortgesetzt, um den Beratungstoff für das Plenum vorzubereiten.

Vor einem Rechtsputz in Bayern?

Das Beispiel Mussolinis und Herr Ehrhardt.

Die „Münchener Post“ wendete sich bereits in ihrer Donnerstagausgabe mit einer Warnung an die Arbeiterschaft, sich nicht von rechtstaatlichen Kreisen provozieren zu lassen. Unser Parteiblatt hob besonders hervor, daß die Nationalsozialisten nach dem Vorbild der italienischen faschistischen Putschablichten für den 11. November plakieren. Unterdes verbreiteten sich die Gerüchte zu bestimmten Meldungen aus Berlin droht der SPD:

Die Berliner Morgenpost meint neben dem Verlangen der Reparationskommission auf ideatisch formulierten Vorschläge der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark fast allgemein darauf hin, daß Ehrhardt vor neuen Putschern steht. Die „Vossische Zeitung“ begnügt sich nicht nur mit der noden Feststellung, daß Putsch bevochten, sondern behauptet weiter, daß Ehrhardt sich in München befindet und der Träger des Gedankens ist, durch einen Streik nach faschistischer Art die Aufrichtung eines Wittelsbächischen Reiches durchzuführen. Gleichzeitig mit dieser Aktion soll einer gewaltkamen Einverleibung Nordtirols in das italienische Staatsgebiet zuvorgeladen werden. Nach unseren Informationen treffen die Anhänger der „Vossischen Zeitung“ über den Aufenthalt Ehrhardts in München oder wenigstens in unmittelbarer Nähe von München zu. Die Münchener Polizei wird längst wissen, wo Ehrhardt sich gegenwärtig befindet, und man sollte meinen, daß es nicht schwer fallen sollte, ihn zu verhaften. Beide ist die konservative Polizei nicht das rechte Instrument dazu.

König Konstantin unter Auflage.

Athen, 3. November.
Wie die Blätter melden, soll der ehemalige König Konstantin, dessen Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch in Kleinasien festgestellt wurde, ersucht werden, vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen, wodurch er mit der ersten Gruppe der Angeklagten, Gunaris, Stratos, Baltatzis u. v. vom Kriegsgericht in Abwesenheit abgesetzt werde. Der Prozeß solle im Laufe der nächsten Woche beginnen.

Der griechische Minister des Auswärtigen begibt sich heute zu einer Zusammenkunft mit Antschitsch nach Belgrad.

Die griechischen Truppen bleiben in Konstantinopel.

Paris, 4. November.
Ein englisches Kommuniqué bestreitet die Nachricht über den Abzug der griechischen Truppen aus Konstantinopel und erinnert daran, daß entsprechend der alliierten Note vom 23. September die Truppen erst nach Friedensschluß die Stadt räumen werden.

Russische „Freiherr“.

Das Georgien wird uns gefährlich:

Von den in den georgischen Gefängnissen schmachtenden polnischen Gefangenen wurden 62 Mann nach Russland verbannen; ein weiterer Transport soll in den nächsten Tagen abziehen.

Von den Gefängnisbehörden wurde den Gefangenen mitgeteilt, daß sie nach Konstantinopel verschoben werden. Die Gefangenen hatten gegen Konstantinopel nichts einzurichten, da sie dort Arbeit zu finden hofften und das Leben in den Gefängnissen unerträglich geworden war. Der Konsulat betreute die Gefangenen und deren Familienangehörigen hinreichend Ehrenamt, daß eine Verhandlung nach Russland nicht dringlich und völlig ausgekehrt sei und daß die Gefangenen über Datum per Schiff nach Konstantinopel gebracht werden würden. Was das Ehrenamt eines Konsulats wert ist, sollen die Gefangenen bald erleben: Wie sie es befürchteten, wurden sie zwangsweise nach Russland abtransportiert. Mit brutaler Gewalt wurden sie aus den Gefängnissen geschleppt, in den provisorischen Eisenbahnzug, der für sie auf der Tifliser Station bestand, geworfen und ohne warme Kleidung, ohne Lebensmittel und Medikamente mußten sie die Reise antreten.

Der gewisse Wortschatz hat in der Bevölkerung eine ungemeine Erregung hervorgerufen. Herr Kawtaradze befürchtete einen Anschlag auf seine edle Seele, und aus diesem Grunde wurden mehrere Führer der Georgischen Sozialdemokratie, darunter der griechische Minister Kemischwilli, der Konsulat betreuende der Konsulat, Konsulare, Komtäte und Minister Grigori Pordzianidse, die ebenfalls abtransportiert werden sollten, zurückgezogen und als Geiseln erkläre. Gleichzeitig was mit Kawtaradze, so werden sie sofort erschossen.

Der Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Berlin, 3. November.
Wie uns der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, kommt gestern in länderlicher Nachkunde im Reichsbankratssaal der Dienstzeit im Bankgewerbe durch eine Vereinbarung zum Abschluß gekommen, die für den Monat Oktober eine Verdeppelung der (vom D. B. B. abgeleiteten) Schiedsprüföste vom 12. Oktober verhindert. Die zuständigen Betriebe sind sofort zu zahlen. Das verbleibende am 15. Oktober sollte aber herabgesetzt werden um 35 Prozent gegen den Oktober erhöht und ist nun erhöht, sofern die gesamte Reisezeit länger ist als November über 35 Prozent hinausgeht. Die Haushaltsumlage wird auf 1500, die Kinderumlage auf 1500, 1500 bzw. 2500 Mark monatlich erhöht. Die bisher vereinbarten Überverdopplungsmaßnahmen wurden verdoppelt. Wenn des Reisens nach höherer Tälerungsumlage hinzugefügt geworden, erfolgt Abgeltung.

Um Groß-Hamburg.

Berlin, 4. November.
In der politischen Beobachtung über die Frage Groß-Hamburg wurde vereinbart, daß die Verbindung zwischen Preußen und Hamburg unter dem Mantel des Rechtes des staatlichen Oberverwaltungsrates, Minister a. D. Drews, wieder aufgenommen werden sollen.

Die Lage der Straßenbahnen.

Die fortwährende Goldentzweiung der letzten Wochen und Monate hat die militärische Lage fast aller deutscher Straßenbahnen verschärft erweitert. Die Einnahmen liegen vor die Polizei mit wichtigen Unternehmen deutlich nicht mehr die Selbstkosten. Dieser Verlust kann auch durch die Steigerung der Betriebsmaßnahmen nicht bekorrigt werden, da füllt mit jeder weiteren Fahrpreiszehrung eine Umsatzabnahme bei den Fahrgästen in erheblichem Maße bemerkbar macht.

Gegenüber dem Fahrpreis von 1914 betrug Ende Oktober 1922 die Steigerung der für die Straßenbahnen notwendigen Betriebsaufwand die Straßen des 1861erhauses, Ritter- und Sachsenhäuser des 55. Jäger-, Aufklärungs- und 88. Infanterie, elektrische Anstrengungen des 86. Jäger-, Röhr- und Gardekorps das 170%

Die Steigerung der Fahrpreise betrifft je nach den örtlichen Verhältnissen das 150- bis 200fache der Vorkriegszeit. Die Röhr- und Gardekorps sind sehr erheblich hinter den Kosten der Industrie und des Handels zurückgeblieben, zum Teil werden 50-80 pro Stunde weniger als arbeitfähig gegrillt.

Im Einbetrieb befinden sich der von den königlichen Karlsruher Straßenbahnen gebauten Grundleg nicht mehr aufzuhalten werden, womit die Straßenbahnen allgemein als Unternehmen zu bezeichnen sind, die fast nicht zu erhalten haben. Will man die Straßenbahnen vor dem Zusammenbruch bewahren und kommt man der deutschen Polizei mit wichtigen Straßen abwenden, so ist schwere und dringliche Hilfe erforderlich.

Am 24. Oktober hat im Reichsbankratssaal eine Besprechung aller Betriebsführer statt, unter Beteiligung von Vertretern verschiedener Ministranten, zu der die einzelne Stellung getroffen. Wie es dieser Sitzung nach berichtet, so haben die Straßenbahnen vor dem Zusammenbruch bewahren und kommt man der deutschen Polizei mit wichtigen Straßen abwenden, so ist schwere und dringliche Hilfe erforderlich.

Im Vorbergrund der zu ergründenden Maßnahmen steht die Aufschaltung der Konkurrenz der Straßenbahnen durch eine weitere Eröffnung der Eisenbahnlinie im Rahmen, jedoch die Einschränkungen der Reichsverfassung im höchstens Beschränkung zu den Selbstkosten der Eisenbahnverarbeitung haben.

In zweiter Linie muß den mit Betrieb erforderten lebensnotwendigen Straßenbahnen ein Brüder des Reiches und der Sammlungen gesetzlich werden und zwar zum mindesten in Höhe der von ihnen gerechneten Umlagen. Die Mittel, die Straßenbahnen vor dem Erlingen zu bewahren, müssen die Kreise ausfüllen, die an der Aufschaltung der Straßenbahnen eine Interesse haben. Deshalb ist es hilfreich, dass die Unternehmungen des Industrie-, des Handels und Gewerbes, für welche die Straßenbahnen im Personen- oder Güterverkehr wichtige Bedeutung haben, Beteiligung einzutragen. Diese Beteiligung muss auf dem gleichen Basispunkt beruhend werden, ebenso in den Kosten der Betriebsaufwand eine Beteiligung der Kreise der für die Eisenbahnverarbeitung zuständigen Behörden,

Darüber hinaus muß natürlich örtlich geprüft werden, ob und inwieweit durch Verbesserung der Betriebsorganisation und dadurch bedingte erhöhte Leistungen dem Zusammenbruch vorbeugen werden kann.

Neues Milliardendefizit bei der Post.

Zur Vorlage betreffend eine neue Erhöhung der Post-Fernsprech- und Telegraphengebühren erklärte als Berichterstatter braunschweigischer Gesandter Boden im Reichsrat, trotz aller Erhöhungen der Gebühren habe die Postverwaltung sich heute wieder einem Defizit von 60 Milliarden infolge Erhöhung der Gehälter und Steigerung der sachlichen Ausgaben gegenüber. Er sagte, eine Sanierung könne bei der Reichspost nur herbeigeführt werden durch eine Verminderung der Personalausgaben, die drei Viertel aller Ausgaben darstellen, und durch eine Vereinfachung der Verwaltung. Im großen und ganzen seien die neuen Erhöhungen auf dem Prinzip der Verdoppelung der Gebühren aufgebaut. Bei den Zeitungsgebühren sei im Hinblick auf die große Post, der Preise von einer Erhöhung abgesehen, aber die Post wolle sich dadurch schadlos halten, daß das Zeitungsbestellgeld wieder eingeführt werde.

Reichspostminister Giesberts wies darauf hin, daß die Beihilfe wegen Erhöhung der Beamtengehälter wieder katastrophal auf die Verkehrsverwaltungen wirkten. Die Sache wird so kommen, sagte er u. a., daß wir für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr von 120 bis 150 Milliarden haben werden. Errechnen läßt sich heute überhaupt nichts mehr. Im Fernsprechverkehr liegen heute mehr Anmeldungen als Abmeldungen vor. Der Briefverkehr geht dagegen ganz enorm zurück und nach dieser Erhöhung wird er noch mehr zurückgehen. Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf ganz wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten. Die sozialen Einrichtungen, insbesondere die Versicherungsorganisationen, ebenso die Behörden werden ungefeuer belastet und es werden gewisse Kulturinteressen und Menschenkreise betroffen, die ohnehin einen schweren Kampf ums Überleben führen. Darum werden wir überlegen müssen, ob künftig die Forderung der rein wirtschaftlichen Balancierung des Staates aufzuhören ist oder nicht.

Die Vorlage wurde unverändert angenommen, ebenso ein Gelehrtenausschuß, der das Geschäft zur Bekämpfung der Kapitalflucht teilweise verschärfte, teilweise milderte. Die Verschärfungen entsprechen Forderungen der Reparationskommission. Die persönliche Mitnahme von Geld ins Ausland wurde auf den Betrag von 200 000 M. erhöht.

Die Dienstvorschriften der Eisenbahn.

Kommunistische Fälschungen.

Die kommunistische Presse läßt sich mit Beweisen wieder einmal auf die Dienstvorschriften für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Eisenbahn und behauptet, diese Vorschriften hätten am 1. November „gesetzliche“ Kraft erhalten und seien „allgemein durchgesetzt“. Das bedeutet die offizielle Aushebung des gesetzlichen 12-Stundentages für die Eisenbahner. Soviel Worte über die Dienstvorschriften von Kommunisten gefüllt werden, soviel Unwahrheiten werden damit zugleich verbreitet. Zunächst gelten die Dienstvorschriften nicht „allgemein“, sondern nur für das „Betriebs- und Verkehrspersonal“ der Eisenbahn, und außerdem heben sie den achtstündigen Arbeitstag nicht auf. Die Sozialorganisationen haben vielmehr bei der Bereitung über die Dienstvorschriften in einer schriftlichen Erklärung vom 13. April ausdrücklich darauf verzichtet, daß sie am achtstündigen Arbeitstag festhalten. Um den „Beweis“ für die Beschuldigungen zu erbringen, die Gewerkschaften hätten den 12-Stundentag aufgegeben, kredenzen die kommunistischen Blätter vor glatten Fälschungen nicht zurück. Insbesondere ist es der S. S. der Dienstvorschriften, der den Beweis dafür erbringen soll, daß erhebliche Verkürzungen gegenüber dem bisherigen Zustand eingeführt werden sollen. Über diesen Paragraphen wird z. B. in der „Rote Fahne“ gesagt: „Es heißt dort: Über 12 bis auf höchstens 15 Stunden können die Dienststunden bei einzelnen Betrieben um so viele Stunden verlängert werden, als wenigstens einstündige Arbeitsunterbrechungen in der Dienstzeit enthalten sind.“ Man hat hier einfach das in der Vorlage enthaltene Wort „Dienst ist nicht“ in „Dienststunden“ umgedeutet und außerdem noch hinter dem Wort „Arbeitsunterbrechungen“ die Worte „über 12 bis 15“ fortgelassen. Man will dadurch den Eindruck erzeugen, als könnten solche Dienststunden festgelegt werden, wenn eine „wenigstens einstündige Arbeitsunterbrechung“ in der Dienstzeit enthalten ist. Richtig ist aber, daß in einer 15-Stunden-Schicht vier mindestens einständige Pausen oder mindestens eine Pause von vier Stunden eingeschlossen sein müssen. Das ist aber nicht die einzige Fälschung und Fertigstellung. Man könnte noch mehr anführen, wenn das Partei nicht so klug wäre, das man zur Widerlegung der kommunistischen Fälschungen verwenden müßte.

Schwerindustrie und sächsischer Wahlkampf.

Die Dresden „Volksstimme“ veröffentlicht ein Schreiben, das der deutsche Industrieausverband an eine Reihe sächsischer Abgeordnete gerichtet hat. Es ist vom 17. Oktober datiert und lautet folgendes Wortlaut:

„An alle sächsischen Mitglieder!

Der diesjährige Landtagswahlkampf in Sachsen ist von außerordentlicher Bedeutung. Die Welt wird dafür entscheidend sein, ob die bisherige reaktionäre Regierung, die maßgebend den der sozialistischen Landtagsfraktion beeinflußt wird, weiterleben kann.

Gewerbe und Industrie, alle Arbeiter haben ein ungemein großes Interesse am Ausfall dieser Wahl, und zwar nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern auch die unternehmerischen Betriebe. Denn auch die Regierungspolitik im Reiche wird durch das Bestehen reaktionärer Regierungen in einzelnen wichtigen Ländern in erheblicher Weise beeinflußt. Sogar die Tatsache, daß die sächsischen, thüringischen, brandenburgischen und anhaltischen Stimmen im Reichstag nach den Wählern sozialistischer Regierungen abgegeben werden, ist geeignet, dass es für den überwältigenden Sieg der sozialistischen Kandidaten der Reichsregierung erheblich zu verhelfen.

Die Sozialdemokratie hat natürlich ihr Wahlrecht unter allen Umständen zu halten und von ihrer Seite herbei zu fördern für den sächsischen Wahlkampf ungeheure Mittel aus dem ganzen Reich zu. Es müssen deswegen ebenso zeitige Mittel von antikapitalistischer Seite aufgebracht werden, um den Wahlkampf für die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen.

Deshalb gestatten wir uns, auch an unsere außerordentlichen Mitglieder hierdurch die Bitte zu richten, uns Beiträge dafür zur Verfügung stellen zu wollen. Wir werden die bei uns eingehenden Beiträge zugunsten derjenigen Parteien, die den Sozialdemokraten gegenüberstehen, verwenden und sie deren Wahlfonds zu fördern.

Beiträge usw.

Das Schreiben zeigt, welche Bedeutung man in bürgerlichen Kreisen der sächsischen Landtagswahl beimittet. Die Schwerindustrie schenkt kein Opfer, um die sozialistische Mehrheit im sächsischen Parlament zu brechen. Ein Parteidurchsetzung in Lager der Bürgerlichen soll nicht gemacht werden. Man geht zur Generaloffensive gegen die Sozialdemokratie über und hofft bei einem Wahlsieg in Sachsen auch auf die Entwicklung im Reich und in anderen Ländern einen Einfluß gewinnen zu können. Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie nicht vom Schwerindustriellen Kapital zurückdrängen lassen darf. Die ungemein teuren Geldmittel, die ihr in dem Schreiben angedichtet werden, stehen ihr zwar nicht zur Verfügung, um so energischer wird aber ihr geistiger Kampf sein. Es wäre interessant zu erfahren, welche bürgerlichen Parteien in Sachsen für die Einheitsfront des rollenden Dollars zu haben sind. Auf diesem Prinzip läuft sich ein vortreffliches Programm für eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft aufzubauen.

Die landwirtschaftliche Produktion.

Von Zeit zu Zeit lassen landwirtschaftliche Organisationen Kundgebungen los, die beweisen sollen, daß jedem anderen, nur nicht der Landwirtschaft die Schuld an der schlechten Ernährungslage und den hohen Preisen für die landwirtschaftlichen Produkte aufgeht. So hat jetzt der Landbau der Provinz Sachsen in Form von sieben Punkten eine Kundgebung erlassen, in der wieder behauptet wird, die Landwirtschaft bestrebt, die heimliche Erzeugung zu steigern, was durch den Bau der Brachflächen zum Ausdruck komme. Diese Behauptung ist, gelinde gesagt, eine grobe Irreführung. Der Umbau des Getreides ist bereit, berechnet nach den Ziffern vom Juli 1913 und nach der gegenwärtigen Gebietumfassung des Deutschen Reiches ohne das Saarland, um run ein Fünftel zurückgegangen. Es wurden im Jahre 1922 rund 2 Millionen Hektar Getreide weniger angebaut als im Jahre 1913. Dem steht allerdings eine Zunahme der Unbaufläche für Hülsenfrüchte um 450 000 Hektar und für Kartoffeln, insbesondere Kartoffeln und Zuckerrüben um 150 000 Hektar gegenüber. Diese Ziffern beweisen, daß die Landwirtschaft höchstens die Unbaufläche auf Kosten des Getreides für jene Produkte erhöht, die weniger Arbeit und höhere Gewinne bringen. Auch der Viehbestand ist ganz erheblich zurückgegangen. So wurden im Jahre 1921 nur etwas mehr als ein Drittel der Schweine aufgestockt, die im Jahre 1913 zur Schlachtung gelangten. Die Milchleistung nach Berlin ist sogar im Laufe dieses Sommers um zwei Fünftel zurückgegangen. Vor dem Kriege kam im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung ein Milchquantum von 133 Litern im Jahre. Heute sind es nur noch 64 Liter oder ein Sechstel Liter am Tage. Bei den Zahlen über den Viehbestand ist allerdings zu berücksichtigen, daß wir auf Grund des Friedensvertrages Vieh an die Entente abliefern mussten; aber immerhin bleibt noch in der Viehhaltung, wie überhaupt in der landwirtschaftlichen Produktion, ein so großer Minus, daß es die Wirtschaft auf den Kopf stellen heißt, wenn man beachtet, die Landwirtschaft ostere sich in selbstloser Weise für das Volk auf, um die einheimische Produktion zu steigern und unsere Ernährung vom Auslande unabhängig zu machen.

Die Kohlensförderung im Oktobe.

Die Kohlensförderung im Ruhrgebiet hat gegenüber dem Monat September im Oktober eine leichte Besserung erfahren. In 22 Arbeitstagen wurden rund 1100 000 Tonnen Kohle mehr als im Vormonat gefördert, da sich der Produktionsfaktor der überwiegend verarbeitenden Untertage-Arbeiter auf etwa 76 v. H. gesteigert hat. Auch die Körnzahl der Gesamtbelegschaften dürfte im Oktober um ein Geringes vermehrt haben. In der Zeit vom 1. bis 26. Oktober wurden an 22 Arbeitstagen 7 144 228 To. Steinkohle, 1 789 873 To. Koks und 320 979 To. Braunkohle gefördert. Die arbeitsfähige Leistung ist bei der Steinkohle um rund 23 000 Tonnen gestiegen, hat beim Koks nur sehr wenig zu genommen, während bei der Braunkohle eine geringe Abnahme zu verzeichnen ist. Wenn die Produktionsfaktoren nicht höher wären, so trügt daran zum Teil auch die Schwierigkeit in der Grubenholzaufbereitung Schul, die es verhinderte, daß an einigen Orten mehrere Stände bearbeitet werden konnten. Die Verkehrsfrage war nicht ungünstig, die anfordernden Wagen wurden bis auf einen kleinen Rest von rund 190 Wagen pro Tag gestellt.

In Oberelsleben war die Wagentstellung weit ungünstiger, die Steinkohlenförderung stieg aber dort im Monat Oktober um 5 Prozent, obwohl keine Überlastungen vorgenommen wurden.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist in der Förderung gegenüber dem September keine wesentliche Änderung eingetreten. Allgemein wird hier über Arbeitermangel geklagt.

Der Verband der Maschinen und Heizer.

SPD. Am 30. Oktober tagte in Berlin der Beirat des Verbands der Maschinen und Heizer. Aus den Berichten der aus allen Teilen des Reiches erschienenen Delegierten ging hervor, daß der Verband überall eine recht erfreuliche Entwicklung genommen hat. Im letzten Quartal sind rund 10 000 Neuaufräumen gemacht worden. Die vom Verbandsvorstand eingebrachte Vorlage über das neue System der Beitragsleistung und der Unterstützungsstücke fanden einstimmige Annahme. Der Beschlusshinweis des Verbandsstages, wonach mindestens ein Stundenlohn als Wochenbeitrag zu leisten ist, soll mit aller Energie durchgeführt werden. Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wurde eine Resolution angenommen, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß seit dem Verbandstag im Jahre 1921 die Sozialisierung der Energiewirtschaft nicht im geringsten fortgeführt wurde. Dieser wichtige Zweig der deutschen Wirtschaft befindet sich vielmehr immer noch in einer Desorganisation, die vollwirtschaftlich sehr verhängnisvoll wirkt. Gerade in der Zeit der Rohstoffknappheit sei es dringend erforderlich, die Energie-Erzeugung in großzügiger Weise auszustalten und in leistungsfähigen Zentralraumwerken zusammenzufassen. Das Reichsökonomieministerium wird aufgefordert, „mit Beschleunigung an der so notwendigen Sozialisierung weiterzuarbeiten“.

Aus der Partei.

Der Bezirksoberstand der sozialdemokratischen Partei Hessen hat den früheren Reichstagsabgeordneten Hassenzahl aus der Partei ausgeschlossen. Hassenzahl hatte, offenbar in Verärger darüber, daß er bei der letzten Reichstagswahl an vierter Stelle auf die Kandidatenliste kam und nicht gewählt wurde, zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen eine besondere Liste aufgestellt, an deren Spitze er stand. In einer Versammlung der Partei am 7. Oktober ließ er sich aber auch auf die Liste der Partei als dritter Kandidat stellen und war nicht dazu zu bewegen, seine eigene Kandidatenliste rückgängig zu machen. Aus diesem Gründe hat sich die Partei veranlaßt, den an sich rechtenswerten Gewinn zu ihrem Bedenken auszunehmen.

Arbeitsaufzug im Russland.

Die Roten Gewerkschaften als Stützen der Reaktion.

Seitdem die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung darauf gerichtet ist, die Mitarbeit der kapitalistischen Kräfte des In- und Auslandes bei dem Wiederaufbau der russischen Wirtschaft zu gewinnen, steuert das Schiff der russischen Politik immer schneller der Wiederaufrichtung des Kapitalismus zu. Dieser neue russische Kapitalismus, der alle Merkmale der Brutalität und Grausamkeit der frühkapitalistischen Periode an seinem Leib trägt, wird seineswegs dadurch gemildert, daß ein Teil der Betriebe in den Händen des Staates verblieben ist und auf staatskapitalistischer Grundlage verwaltet wird. Die Wirtschaftsorgane der Sowjetregierung, die an der Spitze dieser Betriebe stehen, sind vielmehr die Exponenten einer kapitalistischen Ausbeutungs-politik, wie sie in den privatkapitalistischen Betrieben in einem solchen Maße nicht zu finden ist. Gestützt auf die diktatorische Macht, die der Besitz des Verwaltungsapparates und der zentralisierten Polizei- und Militärgewalt der Sowjetregierung verleiht, sind die Leiter der „kommunistischen“ Wirtschaftsorgane in viel höherem Maße als die privaten Unternehmer geneigt, die Rechte der Arbeiterschaft mit Füßen zu treten, ihre Lebenshaltung herabzudrücken, ihre Organisationen unschädlich zu machen und ihren Ausbeutungsgrad zu verstärken, um die erstreute „Wirtschaftlichkeit“ ihrer Betriebe in hellerem Lichte erstrahlen zu lassen.

Der Widerspruch zwischen der äußeren Hülle, der angeblich kommunistischen Staatswissenschaft und ihrem kapitalistischen Inhalt ist so groß, daß selbst die kommunistische Wirtschaftspresse in Sowjetrußland sich genötigt sieht, die ungeheuerlichen Missstände auf diesem Gebiete zu brandmarken und den lästigen Schleier zu zerreißen, der die tragische russische Wirklichkeit umhüllt. Wir wollen nachstehend lediglich aus Grund der Auszüge aus der Sowjetpresse die wichtigsten Ercheinungen auf diesem Gebiete kennzeichnen. So schreibt der Kommunist J. Resnikow im Zentralorgan der Gewerkschaften „Trud“ (Juli 1922) über die Haltung der Wirtschaftsorgane beim Abschluß von Kollektivverträgen mit den Gewerkschaften folgendes:

„Viele Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Wirtschaftsorganen müßte man im gesellschaftlichen Interesse stenographisch festhalten, so grell tritt die elementare politische Unwissenheit hervor, die unsere ehrenwerten „verantwortlichen“ Wirtschaftsführer in diesen Fragen und insbesondere in ihrer eigenen Argumentation an den Tag legen.“

Dieselbe kommunistische Gewerkschaftler charakterisiert an anderer Stelle („Trud“ Nr. 194, 1. September) die Praxis der Kollektivverträge in der Provinz mit folgenden Worten:

„Die Wirtschaftsorgane legten und legen dem Übergang zu vertraglichen Verhältnissen mit den Gewerkschaften den heftigsten Widerstand entgegen... Die längste Dauer der Verhandlungen mit den Privatunternehmern ist zwei Tage, mit den staatlichen Trusts drei Monate, d. h. 38mal mehr. Kommentar überflüssig!“

Die kommunistischen Wirtschaftsorgane sabotieren aber nicht nur den Abschluß von Kollektivverträgen, sie treten auch gemeinsam mit kapitalistischen Föderationen hervor, die das Gebiet des Arbeitsschutzes und der sozialen Versicherung berühren. So verlangte der Oberste Rat der Volkswirtschaft, daß Weberei und den zugelassen, daß die Betriebsaussüsse in Fragen der Einstellung und Entlassung der Arbeiter eingeschaltet, daß die Funktionen der Lohnkommissionen eingeschränkt, daß die Versicherungsbeiträge herabgesetzt werden usw. Die kapitalistischen Tendenzen des höchsten Wirtschaftsorgans der Sowjetregierung werden von den in Abhängigkeit von der Regierung befindlichen Führern der „Roten Gewerkschaften“ gebrandmarkt. So erklärt einer von ihnen in Nr. 181 des „Trud“, daß die Bestrebungen des Obersten Rates der Volkswirtschaft „auf eine Heraushebung der Rolle der Gewerkschaften als Partner bei den vertraglichen Beziehungen“ hinzuäussern. Dieselbe Verfasser fragt bedrückt:

„Haben sich denn unsere Wirtschaftsführer wirklich so sehr in die Rolle der „Chefs“ hineingelebt, daß sie den organisierten und

diskiplinierten Mitgliedern der Gewerkschaften unorganisierte Arbeiter vorziehen?“

In wie hohem Grade die Arbeiterschutzgesetzmäßigkeit und die ausbeuterische Praxis des Kriegskapitalismus von den kommunistischen Wirtschaftspolitikern wiederhergestellt wird, geht aus einer ganzen Reihe von Alagen in der Sowjetpresse hervor. So berichtet in Nr. 165 des „Trud“ der Berichtsteller Talski aus Petersburg, daß die Arbeiterschaft sich infolge der reaktionären Politik der Wirtschaftsorgane in stärkster Erregung befindet.

Die Betriebsverwaltungen halten nicht einmal den Kodex der Arbeiterschutzgesetze ein, indem sie auf Schritt und Tritt die Artikel über den Arbeiterschutz ignorieren. In diesen Petersburger Betrieben wird der gesetzliche Urlaub während einer Krankheit oder Schwangerschaft vermieden. Angesichts der Arbeitslosigkeit und der drohenden Betriebs einschränkung, mit der gegenwärtig jede Schwangerschaft gefährdet wird, halten die Arbeiter den Mund. In vielen Betrieben sind die Betriebsaussüsse ohnmächtig und können nichts unternehmen, in einigen zeigen sie nicht einmal den Wunsch, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. In einigen Betrieben nimmt die Verwaltung überhaupt keine Rücksicht auf irgendwelche Bestimmungen.“

Der Verfasser schließt seinen Bericht, der eine Anzahl außerordentlich interessanter Einzelheiten enthält, mit folgenden Worten:

„Zu ihrem Bestreben, die kapitalistischen Methoden in Handel und Industrie nachzunehmen, überzeugen die Wirtschaftsorgane freiwillig oder unfreiwillig auch die kapitalistischen Methoden der Ausbeutung der Arbeiter.“

Überflüssig zu sagen, daß die mit der Fülle der Repressionsgewalt ausgerüsteten Leiter der kommunistischen Wirtschaftsorgane sich in ihrem kapitalistischen Ausbeutungsrang mit besonderer Härte gegen die Arbeiter wenden, die die Interessen ihrer Klassengenossen zu verteidigen suchen. So lesen wir in demselben Zentralorgan der kommunistischen Gewerkschaften „Trud“, dem wir die obenstehenden Angaben entnahmen, in Nr. 199 folgende Mitteilung: „Aus den Berichten, die wir aus den einzelnen Orten erhalten, geht hervor, daß die Direktionen der Institutionen und Betriebe bestrebt sind, unter irgendeinem bequemen Vorwand jene Mitglieder des örtlichen Ausschusses davonzuweisen, die bei der Verteidigung der Interessen der Angestellten einen besonderen Eifer zeigen.“ Die Chronik des Arbeiterlebens in den verschiedenen Städten Sowjetrußlands wimmelt von Tatsachen, die das vernichtende Urteil des gewerkschaftlichen Zentralorgans illustrieren.

Die „Roten Gewerkschaften“ nehmen diesen Ereignissen gegenüber eine Stellung ein, die zugleich Empörung und Mitleid erwecken muß. Im besten Falle lassen sie Weßtagen über ihre Ohnmacht erkennen. In den meisten Fällen jedoch leisten sie dem kapitalistischen Ausbeutungsrang der Wirtschaftsorgane Helferdienste. Sie suchen nicht nur mit allen Mitteln Streiks zu unterbinden und die Arbeiter zur Annahme ungünstiger Arbeitsbedingungen zu veranlassen, sie stellen sich in den meisten Fällen, wenn ein Konflikt ausgebrochen ist, auf die Seite der staatlichen oder privaten Unternehmer und fallen so der beginnenden selbständigen Bewegung des Proletariats in den Rücken. In wie starkem Maße die reaktionäre arbeiterfeindliche Politik der Roten Gewerkschaften von führenden Gewerkschaftsfunktionären selbst erkannt wird, geht aus folgender Anklage von S. Grin in Nr. 183 des „Trud“ hervor:

„Wir dürfen uns nicht — so schreibt er — der Illusion hingeben, daß wir auf dem Gebiete der neuen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung große Erfolge erzielen haben.... Der Bruch zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitermasse ist die gefährlichste Durchbrechung der Front, die schon zur Zeit des „Kriegskommunismus“ einzog und die durch den neuen Inhalt der Gewerkschaftsarbeit bis heute in äußerst geringem Maße repariert worden ist. Denn es genügt nicht, daß die Arbeiter sich mit ihren mannigfachen Bedürfnissen an den Betriebsausschüssen wenden.... Wichtig ist, daß die Arbeiter in der Gewerkschaft wirkliche Verteidigung, minimale Befriedigung ihrer zahlreichen Bedürfnisse, schreie Lösung der Konflikte finden, damit sie die Notwendigkeit einer standigen festen Verbindung mit den Gewerkschaften verspüren. Das aber ist aus einer ganzen Reihe von Ursachen vorläufig nicht vorhanden.... Kommt es zu irgendeinem

Einzelkonflikt, so geht der Vorsitzende des Betriebsausschusses mit einem persönlichen Gesuch zum Direktor, und dieser entscheidet nach Gutsdünken und Stimmung. Hierbei muß hervorgehoben werden, daß unsere Wirtschaftsführer, selbst die besten von ihnen, sich mit erstaunlicher Schnelligkeit die Manieren und Sitten der früheren kapitalistischen Unternehmer angeeignet haben. Die Autorität der Gewerkschaften in den Augen der Massen interessiert die Direktoren am allerwenigsten; sie betrachten vielmehr die Gewerkschaften als ein unbehagliches Konkurrenzorgan. Kommt es aber zu einem Massenkonflikt, so werden alle Kräfte der Gewerkschaft mobilisiert, die dann durch alle Betriebsabteilungen und Arbeitersäume laufen und den Arbeitern die Schädlichkeit der Streiks mit allen möglichen Argumenten nachzuweisen suchen.“

So liegen die Dinge auf dem Gebiete des Arbeiterlebens und der Gewerkschaftsbewegung in Russland. Gibt es eine vernichtendere Kritik der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik und der Praxis der westborealen Moskauer Gewerkschaftsinternationale als diese Anklagen der russischen Gewerkschaftspresse selbst?

Deutschnationale Heldengrößen.

Die Deutschnationalen, die bekanntlich das Vertrauen zum Parlamentarismus verloren haben und das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die außerparlamentarische Arbeit verlegen wollen, belästigen seit einiger Zeit die Parlamente mit kleinen Anfragen, über deren Qualität und Daseinsberechtigung man nur einer Meinung sein kann. In einer dieser Anfragen wurde gerügt, daß der Landrat des Kreises Calau am 27. Juli auf dem Marktplatz in Senftenberg aus Anlaß einer sozialistischen Protestkundgebung eine aufreizende Ansprache gehalten habe, die zu Plünderungen des Kaufhauses der Ilse-Wohlfahrtsgesellschaft sowie mehrerer Geschäfte geführt habe. In seiner Antwort stellt Innensenator Severing fest, daß die Plünderungen erst zwei Tage nach der Ansprache begannen, daß ein unschöner Zusammenhang also nicht vorliegt. Im Gegenteil hat sich der Landrat unter Einsicht seiner eigenen Person um die Verhinderung der Ausschreitungen bemüht und nicht wenig dazu beigetragen, noch Schlimmeres zu verhüten. Das konnte der deutschnationale Herr, der die Anfrage lanciert hat, natürlich auch selbst feststellen, wenn ihm daran gelegen war.

Aber es scheint, daß es den Deutschnationalen mehr auf Massenverhetzung als auf etwas anderes ankommt. Oder ist es etwa nicht aufreizend, wenn es in der „Schlesischen Zeitung“ heißt: „Der deutsche Bürger wird sich nach dem Vorbild der Faschisten röhren müssen, da in diesem Winter seine Wehrhaftigkeit jedenfalls auf die Probe gestellt werden wird.“ Achselich der „Reichsbote“, der in sehr durchsichtiger Verdeutlichung der Tatsachen der Sozialdemokratie die Gewaltpolitik der Kommunisten untersucht und daraus die Schlüffolgerung zieht:

„Wer an die Gewalt appelliert, muß damit rechnen, daß ihm eines Tages wieder Gewalt entgegengesetzt wird. Terror kann nicht mit parlamentarischen Mitteln überwunden werden, sondern nur dadurch, daß man auf einen Schelmen anderthalb setzt.“

Was das heißen soll, ist jedem ersichtlich, der die deutsch-nationale und deutschvölkische Psyche kennt. Man predigt den Terror, verleumdet tapfer und stellt sich entrüstet. Das alles entspricht ganz dem Porträt deutschvölkischer Heldengrößen, wie wir es zur Genüge kennen.

Deutschnationale Geschmaclosigkeit.

Die Inhaberin eines Ladengeschäfts in der Nähe der Technischen Hochschule zu Charlottenburg hatte vor einigen Tagen in ihrem Schaufenster einen Zeittel ausgehängt, der zu Spenden von Liebesgaben für den Zuhausekehr Techow aufforderte. Auf einer in dem Laden ausgelegten Zeichnungsliste war bereits der Betrag von 3000 M. eingetragen. Abgesehen davon, daß eine öffentliche Sammlung die Genehmigung der Polizeibehörde haben muß, handelt es sich in diesem Falle um eine Überretterung des Gesetzes zum Schutze der Republik, das u. a. auch die Aussetzung von Belohnungen auf Gewalttätigkeiten gegen Mitglieder einer republikanischen Regierung mit hohen Geldstrafen und Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Die Berliner Polizei hat gegen die Ladeninhaberin sofort Strafantrag gestellt und sowohl die Zeichnungsliste wie das bereits eingegangene Geld beschlagnahmt.

Das ganze Jahr hindurch trug er denselben dunklen Buskschal, in welchem er im Winter froh und im Sommer schwitzte. Als Zeichen seiner Würde, um den Kindern zu imponieren, trug er eine Brille, über die er jedoch grinsend hinweckte. Seine liebste Freundin und Geschäftlin war seine lange Peitsche; ohne die sah man ihn selten.

Zu diesem Lehrer kamen Jak und Jan. In die Schule gingen Knaben und Mädchen. Auf der rechten Seite saßen die Mädchen, auf der linken die Knaben.

Jak und Jan erhielten ihre Blöße nach ihrer Größe angezogen. Gernfertig und dreist sich umhöchend, nahm Jak den Kindern ein, während Jan sich schwärz und leise niedersetzte. Erst nach einer Stunde wagte der Kleine sich umzusehen. Da nickte ihm von der Mädchenseite ein helles Blondkopfchen mit lieblichen Blaualben freundlich zu. Es war Krause, des Kantors Tochter, die es als Lehrerstochter für ihre Peitsche arbeit, allzu lächerliche Kinder aufzutuntern. In diesem Augenblick fühlte der arme verwaiste Knabe zum erstenmal nach der Mutter Tech ein freudiges, warmes Gefühl in seinem Herzen aufzuradeln. Ihm war es, als ob die weiche Hand der Verstorbenen ihm übers Haar strich und ihre Liebe, leise Stimme sprach: „Mir ist's Jan.“

Mitte die Reihe zu antworten an die Knaben kam. Letzte Jak keine Antworten laut und rasch, ohne zu stottern, herunter, meinte sie nun falsch oder richtig sein. Jan's Antworten kamen leise und zögernd heraus, und gab er mal eine besonders gute Antwort, dann bekam er einen roten Kopf. Dann füllte er, obwohl er nicht aufschaut, auch dennoch, wie zwei kleine Mädchenaugen mit freundlichem Blick auf ihm ruhen.

Kantor Steffens hatte sich bald ein Urteil über seine beiden neuen Schüler gebildet. Er pflegte seine Obstbäume mit Kindern und Kindern mit Obstbäumen zu vergleichen. Sehr oft artete er hierbei dem Vors. „Haut ab, spricht Gott, den faulen Baum, der keine Früchte trägt.“

„Der Jakob Thomlen.“ brach der Kantor, „ist ein wilder Baum, und stark, sehr stark ist er. Meine Klinge ist für den zu weich; der muß in andere Hände kommen, in die des Obergärtners.“ Mit dem Obergärtner meinte er Gott und mit dessen Hand das Schicksal.

„Der Johann aber ist aus anderem Holze gewachsen.“ pflegte er fortzufahren. „Wenn ich den noch ein bisschen poliere, wird er bald tragen. Bloß ein bisschen schwach ist er noch, nicht an Wind und Wetter gewöhnt; er müßte ein Stücke haben.“

So obsurierte, pflegte und fügte er Jan. Jak ließ er laufen; die Sorge für diesen übertrug er ohne weiteres dem Obergärtner.

* * *

Die Knaben lebten sich nach Kindertart bald in ihre neue Heimat ein. Wenn man sie frage, wie es ihnen auf Spätinghof

ging, so geht der Vorsitzende des Betriebsausschusses mit einem persönlichen Gesuch zum Direktor, und dieser entscheidet nach Gutsdünken und Stimmung. Hierbei muß hervorgehoben werden, daß unsere Wirtschaftsführer, selbst die besten von ihnen, sich mit erstaunlicher Schnelligkeit die Manieren und Sitten der früheren kapitalistischen Unternehmer angeeignet haben. Die Autorität der Gewerkschaften in den Augen der Massen interessiert die Direktoren am allerwenigsten; sie betrachten vielmehr die Gewerkschaften als ein unbehagliches Konkurrenzorgan. Kommt es aber zu einem Massenkonflikt, so werden alle Kräfte der Gewerkschaft mobilisiert, die dann durch alle Betriebsabteilungen und Arbeitersäume laufen und den Arbeitern die Schädlichkeit der Streiks mit allen möglichen Argumenten nachzuweisen suchen.“

So liegen die Dinge auf dem Gebiete des Arbeiterlebens und der Gewerkschaftsbewegung in Russland. Gibt es eine vernichtendere Kritik der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik und der Praxis der westborealen Moskauer Gewerkschaftsinternationale als diese Anklagen der russischen Gewerkschaftspresse selbst?

Die Deutschnationalen, die bekanntlich das Vertrauen zum Parlamentarismus verloren haben und das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die außerparlamentarische Arbeit verlegen wollen, belästigen seit einiger Zeit die Parlamente mit kleinen Anfragen, über deren Qualität und Daseinsberechtigung man nur einer Meinung sein kann. In einer dieser Anfragen wurde gerügt, daß der Landrat des Kreises Calau am 27. Juli auf dem Marktplatz in Senftenberg aus Anlaß einer sozialistischen Protestkundgebung eine aufreizende Ansprache gehalten habe, die zu Plünderungen des Kaufhauses der Ilse-Wohlfahrtsgesellschaft sowie mehrerer Geschäfte geführt habe. In seiner Antwort stellt Innensenator Severing fest, daß die Plünderungen erst zwei Tage nach der Ansprache begannen, daß ein unschöner Zusammenhang also nicht vorliegt. Im Gegenteil hat sich der Landrat unter Einsicht seiner eigenen Person um die Verhinderung der Ausschreitungen bemüht und nicht wenig dazu beigetragen, noch Schlimmeres zu verhindern. Das konnte der deutschnationale Herr, der die Anfrage lanciert hat, natürlich auch selbst feststellen, wenn ihm daran gelegen war.

Aber es scheint, daß es den Deutschnationalen mehr auf Massenverhetzung als auf etwas anderes ankommt. Oder ist es etwa nicht aufreizend, wenn es in der „Schlesischen Zeitung“ heißt: „Der deutsche Bürger wird sich nach dem Vorbild der Faschisten röhren müssen, da in diesem Winter seine Wehrhaftigkeit jedenfalls auf die Probe gestellt werden wird.“ Achselich der „Reichsbote“, der in sehr durchsichtiger Verdeutlichung der Tatsachen der Sozialdemokratie die Gewaltpolitik der Kommunisten untersucht und daraus die Schlüffolgerung zieht:

„Wer an die Gewalt appelliert, muß damit rechnen, daß ihm eines Tages wieder Gewalt entgegengesetzt wird. Terror kann nicht mit parlamentarischen Mitteln überwunden werden, sondern nur dadurch, daß man auf einen Schelmen anderthalb setzt.“

Was das heißen soll, ist jedem ersichtlich, der die deutsch-nationale und deutschvölkische Psyche kennt. Man predigt den Terror, verleumdet tapfer und stellt sich entrüstet. Das alles entspricht ganz dem Porträt deutschvölkischer Heldengrößen, wie wir es zur Genüge kennen.

„Wolltest du wohl bei des Tante ankommen?“ fragte er. „Sie hat eigener Dästapp.“ (Fortsetzung folgt.)

Spätinghof.

Roman von Kurt von der Eder.

5. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Jak und Jan waren hungrig; auch waren sie in bezug auf Essen nicht gerade verwöhnt. So schlängten sie dem das farge Mahl hinunter.

Wieder, wie am Mitternige, ergriff Jak das Wort.

Nicht wahr, Tante, ich trage nachmals den Hof?“ fragte er. Trienischen war starr. Noch war der Arnde nicht einen ganzen Tag im Hause und fing schon an vom Hoffriegeln.

„Und ich werde Schuhmeister,“ flögte Jan leise bittend hinzu. Mammi Goos schüttelte die knochige Faust. „Bettelvolk seid ihr, und Bettelvolk bleibt ihr. Und wenn ihr noch einmal vom Hoffriegeln anfangt, so sage ich euch nach der elenden Geest zurück, wo ihr hergekommen seid. Noch bin ich Herr hier, noch habe ich das Reinen!“

Entkeilt schwiegen die Knaben und duckten sich über ihre Teller. Die Tante sah furchterlich aus. Ihre großen, grauen Augen blühten in dem faltigen Gesicht, und es war den Knaben, als ob das wirre graue Haar sich sträubte.

Noch dem Abendbrot wies sie ihnen die Schlaftstatt an, ein armeliges Knechtebett, das in die Wand der Diele eingemauert war und am Tage durch ein Türchen verriegelt wurde. Es war ein hartes großes Bett, und die Jungs mäkelten sich lange unruhig drauf hin und her. Sie hörten hier das Schwein im Stalle grunzen und die Pferde an der Kette klirren.

Jak war gerade eingeschlafen, da weckte ihn Jan.

„Du, Jak,“ sagte er mit weinerlicher Stimme, „da sind Krümel im Bett.“

Jak wurde böse. „Wenn du noch ein Wort sprichst, dann haue ich dir morgen den Kopf ab.“

Nach dieser entsetzlichen Drohung lag Jan müschenstille.

Am andern Morgen suchte er nach den Krümen. Da fand er, daß es die Knoten in dem groben Gewebe waren, die er für Brotrummen gehalten hatte. Der Kleine dachte lange darüber nach, weshalb wohl der Weber soviel Knoten in das Bettluch gemacht hatte, wo man sie doch gar nicht brauchte.

Frisch um acht Uhr ging es zum Kantor Steffens in die Schule; der Kantor war ein guter alter Mann, der seine Interessen teilte zwischen der Schule und seinem Objektarten, die

Einzelne Ausgaben der Familienzeitung im 2. Stock.



Kinderzeitung Selbst-Schule

Bild 6: „Im Reiche des Winters.“
Bild 7: Eine lustige Fahrt.
Bild 8: „Die Heinzelmännchen bei der Arbeit.“
Bild 9: „Bestrafte Neugierde.“
Bild 10: „heißa, heut' ist Weihnachtstag.“

Kanin
Katzen
Hasen
Iltis
Marder
Fuchs Maulwurfsstelle
kaufst an höchsten Preisen für eigenen Bedarf (8961)

Hermann Boy, Pelz-Spezial-Geschäft,
Sandstr. 21 gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Die höchsten Sonderpreise für
Lumpen, Eisen, Metalle,
Papier, Felle usw.
erhalten Sie bei (8952)

Selig L. Cohn,
Schulstraße 62. Telefon 2158.

Telephon 8758 **H. Zölek** 8758
34 Langer Lehberg 34
Reberbüro jede Konkurrenz, zahlreiche täglich erhöhte
Preise für Lumpen, Altpapier, Eisen und Metalle. Sehr hohe Preise für neue Buch- und
alte weiße Abfälle. (8951)

Jahre ab heute den höchsterzielenden Tagess-
preis für ungewöhnliche Frauen. (8971)

Haare
200-300 Mark für 100 Gramm.
Großhandlung Rotkäppchen, Sandstraße 12
Postleitzahl 8000, Telefon 8457.

Küncti Zähne
Zahnziehen mit
drei. Beläubung
bei größter Scho-
nung für nervöse
Patienten zu empfehlen.
Goldketten, Stiftzähne, Brückenzähne in
korrekter, sachgemäßer Ausführung u. billigst.
Preisberechnung, umarmteten schlecht sitzen-
der Zähne. Reparaturen in kürzester Frist.
Zahn-Praxis (8945)
E. Haus, Kilenstraße 1/3, I.
am Klingenberg.
Telephon 1703.

Ich kaufe jeden Posten

Altkupfer und
Altblei
Hans Kock,
Maschinenfabrik und Spülereichwerke,
Holstenstraße. (8955)

Söldiger Hof von Gold,
Silber,
Bronze,
Brillanten, alten Gebüren, Diamanten
zum Weltmarktpreis
für eigene Verarbeitung.
Hans Steudel Goldschmied,
Haus Allee 21
Fabrikation ingenios. Trauringe.
Gustav Pütter, Goldschmied,
Lindenerstraße 64 Meierie. (8952)

Buchmesse
der Lübecker Jugend
In der Zeit des Kaiserreichs vom 5.-12. Nov.
Sonderausgabe von 4-5 Seiten
1000 Mark 8-9 Rep. 8954

Hasen, Kanin,
Ziegen u. alle
anderen Felle,
Pferde,
Auhschwanz-
Hunde
kaufst an höchsten
Preisen
J.C. Wittenburg
Wahlstraße 22a.

Stecher
als jede andere
Unterfertigung
gold
für Gold, Silber,
Platin-Sachen und
Bronz, Uhren,
Gebü, Münzen

Westfeling

Holstenstraße 32.
Eigene Schmelze,
daher (8957)
hohe Wertung.

Berinnungs- u.
Berendg. Anzeigen

Deutscher
Transportarbeiter-
Verband. (8908)
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der
Lastadienarbeiter
am Montag, 6. Novbr.
abends 7½ Uhr.

der Hausdiener,
Ausfrägerinnen u.

Reinmacherinnen
am Montag, 6. Novbr.
abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Zeitung: Ordnung:

Bericht über unsere

Lohnverhandlung.

Innere Verbands-

angelegenheiten.

Versammlung
der Kohlenplatz-
arbeiter

am Montag, 6. Novbr.

abends 7½ Uhr

im Sohle des Herrn

P. Lender, Handels-

Zeitung: Ordnung:

Bericht der

Leharkommission

Die Ortsverwaltung

der Criebarer

Ernt

Wiederholen.

3000 Einheiten

Praktische Künste

Sozialdemokratischer Verein Südb.
Dienstag, den 7. November, abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Kassenbericht vom 3. Quartal.

2. Bericht vom Bezirksparteitag. Redner: Genosse

Alfr. Dreher.

3. Das Währungsproblem. Redner: Genosse

Dr. Leber.

Jahresbericht erscheint der Vorstand.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitglieds-

buches. 8972

Voranzeige.

Donnerstag, den 9. November, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus

Revolution-Feier.

Dirigente: Chorverein. Leitung: Herr Dr.
Hartzen. Solisten: die Herren Hartmann und
Himmendorf.

Rezitationen: Herr Heimann.

Quartett: Die Herren Sathe, Kampostrini, Thal-

mann und Herr Kapellmeister Weidlich vom Stadt-

Theaterorchester.

Redner: Genosse Fr. Mehrlein.

Borverkauf bei den bekannten Stellen und im

Parteisekretariat, Johannisstraße 50.

Neuer Grundeigentümer-Verein von

Städte u. Umgegend von 1919 e. V.

Am Montag, dem 6. November,
abends 8 Uhr

Große öffentliche Versammlung

aller Grundstückseigentümer Lübecks in den

Zentralhallen.

Tagesordnung: Eröffnungnahme zur Senatsfeide-
rung der Wohnungseigner von
12½ auf 200 v. Z. des gemeinen Wertes.

Letzt Bertrand.

N.B. Zur Beireitung der Unstufen werden
5 Mark pro Person erhoben.

Mittwoch, den 8. November, abends 8 Uhr

Monatsversammlung in den Zentralhallen.

Zeitung: Tagesordnung.

N.B. Ausweise unbedingt vorzeigen. Aufnahme

neuer Mitglieder am Eingang.

9007

Montag, den 8. November, abends 8 Uhr

Monatsversammlung in den Zentralhallen.

Zeitung: Tagesordnung.

N.B. Ausweise unbedingt vorzeigen. Aufnahme

neuer Mitglieder am Eingang.

8975

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche

nach brotoßen Künsten. Großer Lachserfolg.

Kassenöffnung 5½ Uhr.

Am Sonnabend, dem 11. November,

im Gewerkschaftshaus

verbunden mit Kunst- und Neigenfahnen,

Ball und Würsteljoch.

Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche</p

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 4. November.

25 : 4

In Deutschland gibt es gegen 4000 Zeitungen. Davon sind 3700 Organe des kapitalistischen Bürgertums, hingegen nur umsgefähr

300 Organe der Arbeiterbewegung.

Die Tageszeitungen des Bürgertums haben gegen 25 Millionen Abonnenten, die der Arbeiter nur umsgefähr 4 Millionen.

In 25 Millionen Zeitungsexemplaren führt der Kapitalismus täglich seinen Geisteskampf gegen die Bestrebungen der Arbeitenden!

25millionenmal schreit er der Öffentlichkeit die trügerischen kapitalistischen Argumente ins Ohr. Aus 25 Millionen Röhren fließt jeden Tag das Gift der Propagierung in die Massen. Und nur mit schwacher Stimme kann die sozialistische Presse antworten.

Dos muß anders werben!

Der volkverderbenden Hydra, der ausgehaltenen großkapitalistischen Presse die Köpfe abzuschlagen, muß erste Pflicht sein. Man hat, mit Recht, die Presse die siebente Großmacht genannt; an die Arbeiterschaft ist es, in Wahrheit aus der Arbeiterpresse eine Großmacht zu schaffen. Jeder ist hierzu berufen. Jeder muß für den

Lübecker Volksboten

werben. Die neuen erhöhten Papierpreissteigerungen für November haben, wie wir vorausagten, die ganze Kalkulation zu nichts gemacht. Nur durch treues Festhalten am „Lübecker Volksboten“ kann dieser weiterhin der notwendige Berater der Arbeiterschaft bleiben. Der Abonnementspreis ist wesentlich geringer als der anderer Blätter. Das „Hamburger Echo“ kostet monatlich 470 M., die „Leipziger Volkszeitung“ 270, „Dresdener Volksztg.“ 260, „Schleswig-Holsteinische Volksztg.“ 230, das Hamburger „Volksblatt“ 240, die „Norddeutsche Volksstimme“ 250, das Bremer Volksblatt 225, der „Vorwärts“ 400 usw.

Kein überzeugter Sozialist und Gewerkschaftler, kein wahrhafter Republikaner läßt sich durch den Abonnementspreis abschrecken. Genossen nehmt Euch ein Beispiel an den österreichischen Bildern. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ kostet bei täglicher Zuführung ausschließlich Sonntags, wöchentlich 4200 Kronen. Bei Zuführung nur an den Wochentagen kostet die Zeitung wöchentlich 3600 Kronen, im Monat also rund 15000 Kronen. Trotzdem erscheint die „Wiener Arbeiterzeitung“ immer noch in reicher Ausstattung. Die Wiener Sozialisten stehen zu ihrer Zeitung, sie wissen, welche Bedeutung sie für die sozialistische Bewegung hat. Deutsche Arbeiter, nehmt Euch ein Beispiel daran!

Gemeinnütziges Bestattungswesen.

Die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft Lübeck G. m. b. H. hielt am Mittwoch im „Weizen Engel“ für den Bezirk Mühlentor eine öffentliche Versammlung ab. Genossen nähmt Euch ein Beispiel an das Genossenschaftswesen aus der Vergangenheit und Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung unserer heutigen Genossenschaftsbewegung als Nachbringer für die Allgemeinheit und erläuterte sodann das gemeinnützige Bestattungswesen. Die Zeitverhältnisse bedingten auch auf diesem Gebiete einen Zusammenschluß, um sich

vor einer Uebervorteilung der Privatunternehmer zu schützen. Um diesem vorzubeugen, wird der Gemeinnützige Bestattungsverein eine Art Versicherung gegen Todessfall für seine Mitglieder errichten und zwar mit folgenden Grundzügen: Jedes Mitglied zahlt eine feste Summe bei seinem Eintritt ein und versichert sich und Frau nebst Kindern durch wöchentliche Beiträge. Die Kinder sind jedoch nur bis zu ihrer Selbstständigkeit versichert, d. h. bis zur Beendigung ihrer Lehrzeit bzw. Vollendung des 16. Lebensjahrs. Falls ein Todessfall in der Familie erfolgt, entnimmt der Gemeinnützige Bestattungsverein kostenlos die Bestattung des Mitgliedes. Dadurch werden z. B. bei Ableben des Ernährers sämtliche Beiträge der sozialen Einrichtungen (Ortskrankenkasse, Sterbekasse, Gewerkschaftsunterstützung usw.) der Familie zugute kommen und diese gegen die erste Not geschützt. — In der Debatte sprachen sich die Genossen Grossowitsch und Kaschbaum im Sinne des Vortragenden aus. Um die Grundgedanken der zu errichtenden Unterstützungsstätte zu prüfen, wurden aus der Versammlung sechs Teilnehmer gewählt. — Der Gemeinnützige Bestattungsverein wird in Kürze der Allgemeinheit seine Zwecke und Ziele in Versammlungen bekannt geben, worauf besonders hingewiesen sei. Die Privatunternehmer werden mit allen Mitteln versuchen, auch eine Versicherung ins Leben zu rufen. Sie merken, daß ihre Interessen sich in Erfahrung befinden und ihre Projekte geschmälert werden sollen. Genossen, laßt euch nicht täuschen, schließt euch euren eigenen Unternehmen an.

In der Bezirksversammlung im Gesellschaftshaus Marienbrücke Genossen John über die wirtschaftliche Lage. Redner schilderte an Hand von allgemein verständlichen Beispielen die wirtschaftlichen Zustandsverhältnisse. Selbsthilfe auf allen Gebieten lautete die Parole. Die Selbsthilfe könnte man praktisch betätigen in der Partei, der Gewerkschaft, den Genossenschaften und nicht zuletzt durch Unterstützung der Presse. Die Unterstützung der Presse sei schon deshalb sehr ernst zu nehmen, weil sie auch zu denjenigen vorläufe, die nicht in die Versammlung können. Die Waffen, die wir bereits zur Bekämpfung des Kapitalismus hätten, müßten wir gebrauchsfähig erhalten und verbessern, dann würde der Sieg unser sein. Der Leiter der Versammlung, Gen. Werner, erinnerte ebenfalls an Unterstützung des Volksboten und forderte die Frauen zu feierlichem Zusammenschluß auf. Die Versammlung war trotz des schlechten Wetters gut besucht.

Warnung vor dem Anzug nach Hamburg. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsansatz Groß-Hamburg reicht uns folgende Mitteilung an: Der Ortsansatz Groß-Hamburg richtet an die gesamte Arbeiter- und Gewerkschaftsprese die dringende Aufforderung, vor Anzug von Arbeitssträßen nach Groß-Hamburg zu warnen. Ganz abgesehen von dem herrschenden Mangel an Unterhaltsmöglichkeiten und von der Tatsache, daß Zugkreise der schlimmsten Auspansion von Obdachmietern preisgegeben sind, sozialistische Herbergen fehlen in Hamburg, liegen die Dinge so, daß die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag außerordentlich steigt. Der Hamburger Hafen, die Graswurken usw. bieten kaum noch Beschäftigung für die Berufsfundichen. Geschäftsführer beschäftigungsmögl. sitzen im Hafen usw. sind nicht mehr vorhanden. Im Paracelsus zieht die Zahl der Erwerbslosen an, unerledigte Paracelsus sind bereits in größtem Umfang beschäftigunglos. Der Klein- und Großhandel nimmt fortgesetzte Abschaffung auf die Straße. Im Malerwerbe sind bereits einige 100 Arbeitslose zu verzeichnen. Die Zahl der weiblichen unerledigten Arbeitskräfte hat das erste 1½ Tausend bereits überschritten. Brödner, Gastwirtgeschäfte, Mässler und fast alle andern Berufe sind bereits vom Arbeitsmarkt stark erfaßt. Zugereisten ist so gut wie keine Gelegenheit in Groß-Hamburg gefunden, Beschäftigung zu finden, zumal die Gewerkschaften mit Mäßigung darauf bestehen, daß für die leidens des Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vornehmlich werbenden Notstandsarbeiten nur in Hamburg staatsmäßige Arbeitnehmer zugelassen werden.

Küchner für jugendliche Krüppel. Der im Jahre 1908 gegründete Verein zur Fürsorge für jugendliche Krüppel, der in den letzten Jahren alle Zwecke dieses Fürsorgebereichs in den Bereich seiner Tätigkeit gezogen hatte, ist von der Mitgliederversammlung aufgelöst worden. Unter dem Druck der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse war es dem Vorstande nicht mehr möglich, seine Aufgabe gegenüber den bedürftigen jugendlichen Krüppeln zu erfüllen. Die Krüppelfürsorge ist deshalb an das Jugendamt übergeleitet worden, das die bisherige private Arbeit unter Mitwirkung von Mitgliedern des früheren Vorstandes in vollem Umfang weiterführen wird. Nur das Haftungsturnen

für rückenschwache Kinder städtischer Schulen ist von der Oberstschulbehörde übernommen worden. — Alle unbemittelten Eltern krüppelhafter Kinder, insbesondere diejenigen, die seither die Hilfe des Vereins in Anspruch genommen haben, seien auf diese Fürsorgestelle beim Jugendamt hingewiesen. Sie gewährt kostenlose ärztliche Untersuchung, Beihilfen für chirurgisch-klinische Behandlung sowie zur Beschaffung von orthopädischen Apparaten und sorgt in gegebenen Fällen für eine Ausbildung zu gewerblicher Tätigkeit. (Siehe auch Inserat.)

Bon den Reichsbanknoten zu 1000 M. mit dem Datum vom 15. September 1922 wird in Kürze eine 4. Serie ausgegeben werden. Sie hat folgende besondere Merkmale: Das Papier ist weiß und trägt ein Wasserzeichen, das aus dunklen, ineinander greifenden Linien in Form eines stilisierten C gebildet wird. Die Nummer in der linken oberen Ecke der Vorderseite ist in hellbrauner Farbe gedruckt.

Die neue Berechnung bei Gas, Elektrizität und Wasser. Vom 1. November ab erfolgt die Einziehung der Beiträge für Gas, Wasser und Elektrizität monatlich. Diejenigen Abnehmer, welche die Schulden bei Schets bezahlen wollen, tun für den Fall ihrer Abwesenheit am besten, einen unterstrichenen und auf die Betriebsbehörde gezogenen Blanko-Berechnungsschein zurückzulassen, der beim Erscheinen des Kassierers nur noch mit dem zu zahlenden Betrag auszufüllen ist.

Heilsfürsorge für Ehefrauen von Versicherten. Seit kurzem tritt die Heilsfürsorge der Landesversicherungsanstalt der Hansestadt auch für tuberkulose und tuberkulosebedrohte Ehefrauen von versicherten Männern ein, auch wenn sie selbst keine Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet haben. Derart erkrankte Ehefrauen können daher wie jeder Versicherte beim zuständigen Versicherungsamt Antrag auf Heilbehandlung in Lungenheilstätten stellen.

Vollspürsorge. Von einem Vertrauensmann der Vollspürsorge ist der Supermarktblok Nr. 1403, Inhalt 101,— Mf., verloren. Der Finder wird gebeten, diesen im Bureau, Johannisstraße 48 pr. zwischen 6 und 8 Uhr abends abzugeben.

Filmherstellung. In der Filmherstellung werden fortgesetzt Neuerungen versucht, die den Film dahingehend verbessern wollen, daß er sich den Vorführungen eines modernen Theaters nähert. Es handelt sich hierbei um die Verbindung von Bild und Ton. Neuerdings hat der Erfinder in der Urania in Berlin vor einem ausgewählten Publikum diesen neuen Film vorgeführt, der in geradezu vollendeteter Weise eine Übereinstimmung des gesprochenen Wortes mit dem Filmstreifen ergab. Nur die piano gesungenen Sätze waren etwas unverständlich. Im Zentral-Theater in der Johannisstraße soll dieser Film erstmalig in Lübeck im Laufe dieses Winters vorgeführt werden. Im gegenwärtigen Wochenprogramm spielt ein Kraftmensch in Maciste und die Zavanein. Es ist ein Werk, welches auch in der Bergwelt spielt und prächtige Szenen aufweist. Die sechs Alte sind sehr abwechslungsreich und finden bei den Zuschauern lebhaftes Beifall, zumal ein drolliger Negerjunge, der ein vorzüglicher Schauspieler ist, für recht gefunden Humor sorgt. Ein zweiter Film „Am Scheideweg“ mit den bekannten Hans Albers, Hermann Valentin und Max Christians in den Hauptrollen, ist ein Drama aus dem tödlichen Leben und gehört mit zu den besten Erzeugnissen der Filmindustrie. Ein reizendes Wiener Lustspiel beschließt das interessante Programm. — g.

Zu der Aula des Katharineums. findet vom 5.—12. November die Buchmesse der Lübecker Jugend statt. Die Ausstellung ist geöffnet bei freiem Eintritt wöchentlich von 4—8 Uhr, Sonntags von 11—1 und 3—7 Uhr. Am Sonntag 10.15 Uhr Führung durch die Stadtbibliothek. Märchenvorführungen am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 3½ Uhr nachm. in der Aula des Lyzeums am Falckenplatz. Vortragsabende dort am Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag um 8 Uhr abends. Jugendfeier am Sonntag, dem 12. November daselbst, 8 Uhr abends.

Der Name „Heitmann“

und die Schutzmarke „Fuchskopf im Stern“ sind allen praktischen Hausfrauen als Kennzeichen der besten Farben zum Selbstfarben von Kleidern, Blumen, Gardinen, Strümpfen u. l. längst bekannt. (8947)

Meine Herren, es ist Feiertag! Im Namen des Gelehrten fordere ich Sie auf, das Lokal zu verlassen und friedfertig nach Hause zu gehen.“ Hierauf begab er sich auf die Straße, blies elfstundig und sang zum Steinerweichen: „Hört, ihr Helden, und laßt euch sagen, die Glod“ hat elf geschlagen.“ Und nun zog er durch das Dorf und hielt mit furchtlicher Strenge Ordnung, wobei ihm die liebe Jugend mit allerlei Schabernack nachtröttete. Zuweilen kam es vor, daß man ihr während seiner patriotischen Erzählungen, in die er immer ganz vertieft war, so daß er hören und Sehen vergaß, an den Tisch band, und wenn er dann Feierabend gehabt und zur Tür hinaus wollte, riß er die ganze feuchte Herlichkeit um, wobei es oft stürmisch zuging, weil er allen Ernstes den Wirt verhaften wollte wegen „Heiterkeit“.

Einmal hatte er ein furchtloses Erlebnis. In seiner Nachbarschaft wohnte ein Jude, der einen gewaltigen Zuchtriegelstock mit einer achtunggebietenden Hörnerkugel hielt. Der Nachtwächter war wieder einmal in seiner patriotischen Nachtwächtmung und hatte unterwegs zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Leider gelang es ihm nie, einen seiner Verhafteten dem rächenden Arm der Gerechtigkeit zu überliefern, weil sie immer austosten und er nach Absolvierung so anstrengender Bierreisen seine eigenen Frau nicht mehr kannte. Während seines Feldzuges gegen die Störer nachlicher Ruhe hatten ihm nun einige jugendliche Befreier den Ziegenglocken in die Hausflur gelippt. Ohnungslos machte die nächtliche Obrigkeit die Tür auf und verschloß sie hinter sich, als der gehörnte Hausfriedensbrecher plötzlich meuchlings auf ihn losstürzte und seine Kehrseite bearbeitete. Der Nachtwächter vertrüpfte Eimbrecher, drehte sich um und sprang mit schreitendem Stock in die Hausflur gelippt. Ohnungslos machte die Obrigkeit nach erfolgter dreimaliger Mahnung die Waffe gebrauchen, was den Eindringling nur um so aufzuhören machte, während der Nachtwächter in eindringlichen Tönen Vorstellungen erhob über „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, „Hausfriedensbruch“ und dergleichen.

Mittlerweise war des obrigkeitlichen Schusters helleste Hälfte von dem Tumult vor ihrer Tür aufgewacht, und da sie annahm, daß ihr treuer Gatte in einen gefährlichen Kampf mit einem Einbrecher verwickelt sei, bewaffnete sie sich mit der Feuerzange und öffnete die Tür. Da stand sie nun im Homb, in der vollen Beleuchtung des Mondes, der hell durchs Fenster schien. Der Gehörnte aber lag jetzt einen Ausweg und rannte die tapfere, ohnmächtig hinsinkende Schustersgattin über den Haufen. Mit verzweifeltem Sprung wollte er durchs Fenster lehnen, aber auch seine revolutionäre Kraft war erschöpft, und er blieb im Holzrahmen hängen. Nunmehr aber geriet der obrigkeitliche Schuster erst ordentlich in Not, weil er die Neigung seines Gegners kannte, und als draußen auch noch vielstimmiges Hohngelächter

Nun denn im „Beobacht“-Verlag (Berlin) erschienenen Spenderinnerungen des Bergarbeiterführers Alf. Osterroth.

Mit sechs Personen über den Großglockner. Ein Junker-Metallverkäufer hat Mittwoch trotz Sturmblöden den Großglockner und Großvenediger mit der üblichen Belastung von sechs Personen zum ersten Male überflogen. Die Leistung ist um so bemerkenswerter, da es sich um eins der in ständigem Dienst befindlichen Reiseflugzeuge handelt, die den Ententebaubestimmungen vollkommen entsprechen.

Großneuer in einer Getreidemühle. Die Mühle von König & Hert. in Obergiesheim ist einem verheerenden Großfeuer zum Opfer gefallen. Bei dem Versuch, das im Keller gelagerte Mehl zu bergen, kamen fünf Feuerwehrleute und der Oberhüller ums Leben. Der Keller stürzte, als kaum drei Zentner Mehl geborgen waren, zusammen und begrub sechs Menschen unter den Trümmern.

Opfer des Meeres. Wir berichteten, daß das deutsche Motorschiffzeug „Cecilie“ in der Hafeneinfahrt von Malmö strandete und daß der Kapitän und zwei Mann der Besatzung dabei ertranken.

Die Mannschaft eines deutschen Dampfers rettete 32 französische Seelute. Nach einer Radiomeldung des Kapitäns des auf der Fahrt nach Mexiko begriffenen Hamburger Dampfers „Elle Hugo Stinnes“ sind von diesem Dampfer 32 Mann der Besatzung des französischen Segelschiffes „Saint Jacques“ gerettet und auf den Azoren gelandet worden.

Oskar Bräsig in Berlin. Ein Bauernfängerstückchen, das an die von Fritz Reuter so humorvoll geschilderten Erlebnisse des Oskar Bräsig in Berlin lebhaft erinnert, spielte einem Landwirt aus dem abgetrennten Polen recht übel mit. Dem Landwirt, der sein Gut verkauft hatte, um sich auf Reichsobiet wieder anzutauen, war der Kaufpreis von 3 Millionen Mark in einem Schied auf die Berliner Reichsbank zugestellt worden. Als er nach Berlin kam, um dem Geld zu erhalten, fragte er am Bahnhof einen Mann nach dem Wege zur Reichsbank. Der Gefragte erbot sich bereitwillig, ihn dorthin zu begleiten. Nach Einführung des Scheids belüfteten der Landwirt und sein Führer eine Wirtschaft in der Orienberger Straße. Hier lud ein dritter Mann namens Kellrich, in seinen Kreisen der „Kettlapp“ genannt, den Begleiter des Landwirts, einen gewissen Hoffmann mit dem Spitznamen der „Schwarze Ernst“, den er natürlich ganz „zufällig“ traf, zu einem Spielchen ein, das in der bekannten Weise arrangiert wurde und bei dem der Landwirt nicht weniger als 1800 000 R verlor. Trotzdem merkte der Mann nicht, daß er Bauernfängern in die Hände gefallen war. Auf der Straße traf der Landwirt dann den „Klemper-Max“, mit dem er die Friedrichstraße hinauf schlenderte, um in einer Wirtschaft in der Marschallstraße zu landen, wo ganz „zufällig“ wieder zwei Bekannte des Klemper-Max saßen, der „Bielefelder“ und der „Kartoffelhändler“. Diese rieten ihm, durch Kartoffelhandel den Rest des Geldes wieder hereinzuholen und der „Kartoffelhändler“ zeigte sich nicht abgeneigt, das Geschäft mitzumachen und mit dem Landwirt in die Provinz zu fahren, um Kartoffeln aufzukaufen. Als der Landwirt für einen Augenblick die Gaststube verließ, stahl ihm die Gesellschaft sein Gesäß mit dem Rest seines Geldes. Jetzt gingen dem Landwirt endlich die Augen auf und er wandte sich nur noch an die Kriminalpolizei, der es gelang, die ganze Gesellschaft hinter Schloss und Riegel zu bringen. Ein großer Teil des Geldes wurde von der Kriminalpolizei gefunden und dem Landwirt wieder zugesetzt.

Theater und Kunst.

Stadttheater

Julius Cäsar, Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare. In dieser Spielzeit soll bei uns im Schauspiel Shakespeare die beherrschende Stellung einnehmen. Wenn man dabei in Betracht zieht, daß der große Krite als Dramatiker immer noch auf einsamer Höhe steht, so lädt sich gewiß nicht viel dagegen machen. Fragt sich nur, ob man die geeigneten Kräfte zur Durchführung dieser töblichen Absicht zur Verfügung hat. Denn es handelt sich nicht nur darum, die vor kommenden Rollen ironisch zu besetzen, sondern sie in die Hände wirklich hervorgerufener Künstler zu legen. Und in diesem Punkt beginnt die Sache schwierig zu werden. Das ließ schon am Donnerstag die „Julius-Cäsar“-Aufführung erkennen. Gewiß, die von Herrn Heidmann geführte Regie botte sich sehr gut und mit bemerkenswertem Geschick bemüht, das Werk zu einer bewogenen Masse zu gestalten und den zahlreichen römischen Edlen würdige Vertreter zu geben; dennoch wurde man nicht recht warm oder im Innern ergriffen. Die Generatoren, Verschönerungen, Tribünen und ähnliche Größen, ja auch Cäsar selbst, erschienen eben nicht als überzeugende Persönlichkeiten, sondern als zum Teil recht alltägliche Menschen, die in dem

Stück eben irgend ein Geschäft zu verrichten hatten, von dessen Nützlichkeit sie kaum immer völlig durchdringen zu sein schien. Doch fehlte es andererseits auch nicht an heissen Bemühen, den übertragenen, oft nur nicht wie angegoßene stehenden Aufgaben gerecht zu werden. Dem Brutus des Herrn Gilges fehlte das Überzeugende, Bezwingernde; Walter Brandt war als Julius Cäsar in der Forumsszene entweder Herr Wessels als Marcus Antonius das erforderliche Temperament. Um den hohlaugigen Cassius bemühte sich Herr Ziegler, der sich auch diesmal wieder als verständiger Künstler erwies. Frau Heidmann gab der Portia keine Empfindung. Das Publikum spendete am Schlusshälfte Beifall.

Sport.

Vereinigtes Trommler- und Pfeiferkorps 6. Bez., Sonntag, d. 5. 11. 22. Übung 9 Uhr im Arbeiter-Sportheim, Hundestraße. Das Erscheinen aller Vereine ist dringend notwendig.

Bundesfußballspiel am Sonntag, 5. November auf der Galenweide: B. S. B. II — U. T. V. III-9 Uhr. F. S. B. II — U. T. V. II. 10½ Uhr. (894) C. Sch.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ e. V. Ortsgruppe Lübeck. Monatsprogramm. 5. 11. Fallenzug — Gr. Grönau — Stredaß, Wör. 2 Uhr Mühlenbrücke; Führ. C. Hümöller. 8. 11. Mitgliederversammlung, Vorlesung mit Lichtbildern im Gewerkschaftshaus, 7.30 plakativ erscheinen. — 12. 11. Kartauseien in der Natur, Treff. 1.30 Endstation Linie 4 Schmidauer Allee. Karten von Lübeck und Umgegend mitbringen; Führ. Fr. Möllauer. 18. 11. Lichtbildvortrag „Der Harz“ im Johanneum. 19. 11. Palingen — Schlutup, Treff. 1.30 Moltkebrücke; Führ. Hümöller. 22. 11. Streifzug Lübeck, Treff. 2 Uhr Burgtorbrücke; Führ. H. Seemann. 28. 11. Ratzeburg — Hohe-Lied, Treff. 1.30 Bahnhof; Führ. E. Schöning. — Jeden Mittwoch Zusammenkunft im Heim, Johannisstraße 64 I. Volkstanagruppe. Leiter: Paul Seifert, Heimstätten, Auf der Heide 49. Jeden Freitag haben der Reitengilde in der Turnhalle des Lehrerseminars, Rittergut Nobbera 20, von 8 bis 10 Uhr. Müttergruppe. Leiter: Karl Henze, Hansestraße 180. Jeden Donnerstag von 8 bis 10 Uhr (Mandoline und Gitarre) im Gewerkschaftshaus. Taubstummengruppe. Leiter: Franz Langfeldt, Fackenburger Allee 38. Zusammenkunft jeden Sonnabend 8 Uhr im Wissenshaus, Untertrave 100. (894)

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

5. November: Zimäßig mild, unbeständig, zunächst ausfallschein, später stark windig, böige, teilsweise starke, im Küstengebiet NW- bis W-Winde; nachmittags und nachts östliche Regenfälle. 6. November: Kälter, verändert, böige, teilsweise starke NW- und NW-Winde, Regen- und Graupelschauer. Stets teilsweise Schneefälle besonders in den Gebirgssteilen. 7. November: Zunächst außlarend und sonnig, auftretende SO-Winde. Frisch leichter Frost; nachmittags milder, trübe, erneute Regenfälle. 8. November: Zimäßig mild, teilsweise trüb, vielfach starke SW- bis NW-Winde, verbreitete Regenfälle. 8. November: Kälter, zeitweise sonnig, meist strahlwolkig, böige, lebhafte NW-Winde, Regen-, später Schne- und Graupelschauer. Nach frost. 9. November: Wohlend bewölkt, teilsweise heiter, mäßige NW- bis N-Winde, Temperatur sinkend, vorwiegend trocken. Vereinzelse Schne- und Graupelschauer. Nach frost. 10. November: Teils wolzig, teils sonnig, auftretende SO-Winde, Temperatur sinkend. Vorwiegend trocken. Nach frost. 11. November: Wieder, zunächst außlarend, später trübe, starke SO- bis S-Winde. Nachmittags erneute, verbreitete Regenfälle.

Gesellschaft.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Was soll der Junge werden?

Diese Frage beschäftigt zurzeit wieder viele Eltern, und sie erfordert angesichts ihrer großen Bedeutung eine endgültige Beantwortung. Handelt es sich doch nicht darum, dem Schulentscheiden für kurze Zeit ein Unterkommen in irgend einem Gewerbe zu verschaffen, sondern um einem Berufe zuzuführen, der ihm Zeit seines Lebens innere Befriedigung und Lebensmöglichkeit gewährt. Von diesem Standpunkte aus gesehen, seien alle Eltern und Vor-

münder dringend davor gewarnt, ihre Pflegebedürftigen in den Buchdruckerberuf zu bringen. Durch das Eingehen zahlreicher Zeitungen und Zeitschriften und durch sonstige Einschränkungen im Verbrauch von Druckstücken, die vielfach als entbehrlicher Luxus betrachtet werden, ist eine Arbeitslosigkeit im Buchdruckergewerbe verursacht, die das Schlimmste befürchten läßt. Nachstehend einige Zahlen, die auch den Missenstehenden zu denken geben, wobei bemerkt sein mag, daß es sich nicht um eine vorübergehende Krise, sondern um den Niedergang eines Gewerbes handelt.

In Lübeck sind seit Jahren durchschnittlich 200 Buchdruckerzulassen höchstig gewesen, davon sind jetzt arbeitslos 12, in fremden Berufen arbeiten rund 25, verfügt arbeiten durch wechselseitiges Ausleihen u. a. ebenfalls rund 25. Bedeutend ungünstiger steht es in unserer Nachbarschaft aus: Kiel mit etwa der gleichen Gehaltszahl hat 40 Arbeitslose, 40 in anderen Berufen; Rostock zählt bei 120 Gehalts 20 Arbeitslose, 20 in fremden Berufen, 45 Kurzarbeiter (bis zu 24 Stunden wöchentlich!). In Schwerin sind nur 168 Gehalts 17 arbeitslos, in fremden Berufen sind 9, 40 Stunden die Woche arbeiten 36. Rostock hat 40 Gehalts, davon arbeitslos 7, arbeitslos 5, verfügt arbeiten 8 teils 42, teils 36 Stunden). Ein besonders trauriges Kapitel ist das der Ostern 1922 neuangelernten. In Rostock sind von 8 nach 3 in ihrem Beruf beschäftigt in Rostock von 7heimer, in Schwerin von 7 einer. Dort haben übrigens fürstlich zwei Schriftsteller wegen Berufswärderung ihre Lehrstellen verlassen. Von diesen fürstlichen möge man erahnen, was es heißt, dem sterbenden Buchdruckergewerbe noch neue Arbeitskräfte zuzuführen. X.

Neue Bücher.

Unterbliebene Bücher. Von den alten Romantikern hat sich keiner so lebendig erhalten wie Alexander Dumos. Er ist der aufrührerische Liebling aller Büchereirende geblieben. Denn auch heute noch wird er tatsächlich von der ganzen zivilisierten Welt, von Millionen und über Millionen mit Hoffnungen verklungen. Um dies zu verstehen, muß man einmal „Monte Christo“, seine „Drei Musketiere“, seine „Denkwürdigkeiten eines Arztes“ oder Erfüllung des Schicksals der letzten französischen Könige bis zum Aufkommen der ersten Revolution oder seinen „Napoleon“ lesen. In Frenchs Heimat und Weltverlag, Dies u. Co., Stuttgart, Pfaffstraße 5, sind diese Dumastromare in hoher deutscher Bearbeitung unetwurzt, zum Teil passend illustriert und dabei in alsnützender Ausstattung erschienen. Mehr als eine Million solcher Bände wurden bereits herausgegeben. Alle 19 Bände, von denen jeder einzeln erhältlich ist, sind einheitlich in Format und Ausmachung und eignen sich für jede Bücherschrank und jede Bibliothek. Der Verlag sendet auf Wunsch an jedermann kostenfrei ein ausführliches Verzeichnis der Dumastromane, die einzeln häufig sind und deren Oktoberpreis 900 Mark für den Einzelband betrug.

Wie repariert ich meine Klingelanlagen? Für Elektroinstalatoren und zum Selbstgebrauch für jedermann von Hans Günther. Mit 95 kleinen Abbildungen im Text, die alles genau zeigen. Preis vom Oktober 250,- für das abgefertigte 400,- für das gebundene Buch. Frenchs Technischer Verlag, Dies & Co., Stuttgart. Wir empfehlen das praktische Buch jedermann.

Die Drehschrank. Ihre Geschichte, ihr Aufbau und ihre Handhabung nebst zahlreichen Berechnungstabellen. Ein Buch für Elektrofach, Mechaniker und Maschinenschlosser, für Werkmeister und Betriebsleiter und namentlich solche, die es werden wollen. Von A. Henze, Ingenieur und Gewerbeschulrat an der Hochschule Gewerbeschule für maschinentechnische Berufe in Stuttgart-Cannstatt. 284 Seiten mit 247 Abbildungen, Tafeln und Zeichnungen im Text und 52 Tafeln auf Kunstdruck. Zweite verbesserte Auflage. Preis vom 9. Oktober (in Halbleinen geb.) 1000,-. Frenchs Technischer Verlag, Dies & Co., Stuttgart, Pfaffstraße 5. Ein bewährtes Hilfsbuch für Werkstatt und Fachschule, dessen erste Auflage in kurzer Zeit reich Verbreitung und größte Anerkennung in der Werkstatt gefunden hat.

Guten, vergiß den Profondus nicht!

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Neukloster Hermann Bauer; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Persil bleibt Persil

in alter bewährter Güte!

geeignet für alle Arten von Wäsche.

Niemals los! Nur in Originalpackung!

Alljähriger Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO“ (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).



Die Gorgen der Haushfrau

findt vorüber, sobald sie eintritt in den

Südeder Konsumverein!

Visitenkarten fertigt an Friedr. Meyer & Co., Lübeck

? Alles kommt, rettet, rückt?

Wohin ???

Kolossal Preise erhalten Sie für

Stuh-, Schweiz-, Herdehaare,

reine Objen- und Mäusehaare,

Antik-Papier, Stier-Papier,

Hausstandshäare, Knöchen,

Alt-Gien, Krothäare,

Kupfer, Messing, Blei, Zin,

Flas-, Mader-, Zuchs-, Holz-

und Konservenfette

Wo ???

R. Lissauers Produktionshöfe

Tel. 8601 5 Hartenreuth

Wir sind überzeugt!

Oetker's Rezepte

gelingen immer!

Man versucht:

Sandtorte.

Zutaten: 250 g zugesalzene Butter oder Margarine, 250 g Zucker, 250 g Dr. Oetker's Gustin, 4 Eier, 1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 1 Messerspitze voll von Dr. Oetker's Back-pulver „Backin“.

Zubereitung: Die Butter wird etwas erwärmt und schaumig gerührt. Dann gibt man allmählich Zucker und Vanillin-Zucker hinzun. Hierzu ein Ei und etwas Gustin, das vorher mit dem Back-pulver gemischt wurde. Ist dieses gut verrührt, wieder ein Ei und etwas Gustin, bis die Butter und das Gustin verbraucht sind. Die Masse wird in eine mit Butter ausgestrichene Form gegeben und bei mittlerer Hitze rund 1 Stunde gebacken. Sandtorte hält sich lange Zeit frisch und ist ein delikates Gebäck für Tee und Wein.

Rezept Nr. 7

(S914)

Amtlicher Teil.

Dem Generalkonsul von Uruguay in Berlin
Dr. Mario L. Gil ist namens des Reichs das
Exequatur erteilt worden. (8967)

Die Senatskanzlei.

Tarif

für die Vergütungen für Arbeiten und Leis-
tungen der Feuerwehr.

§ 1.

Die Hilfeleistung der Lübecker Feuerwehr
erfolgt o h n e besondere Bezahlung für den Einzel-
fall.

1. bei Bränden im Stadtgebiet Lübeck,
2. bei Bränden im Eingemeindungsgebiet und
im lübeckischen Landgebiet, entsprechend § 24
der Feuerlöschordnung für den II. und III.
Feuerlöschbezirk des lübeckischen Staatsgebietes
vom 16. Februar 1915.
3. bei Bränden auf Lübeck beheimateten
Schiffsgütern innerhalb der lübeckischen
Häfen und Wasserstraßen,
4. bei Vorläufen im Stadtgebiet, bei denen
Menschenleben gefährdet sind.

§ 2.

In allen anderen im § 1 nicht genannten
Fällen ist bei Hilfeleistungen innerhalb des lü-
beckischen Staatsgebietes eine Vergütung nach
den Sätzen des § 5 zu entrichten. Für die Be-
rechnung wird die Zeit der Abwesenheit des
Hilfekrups von Woche zu Grunde gelegt, min-
destens jedoch 1 Stunde; darüber angefangene
halbe Stunden werden für volle halbe Stunden
gerechnet. Die Vergütung ist auch dann zu ent-
richten, wenn beim Eintreffen der Feuerwehr der
Anlaß zur Anforderung der Hilfe bereits be-
hoben ist.

§ 3.

Wer die Hilfe der Feuerwehr für Dienste
außerhalb des lübeckischen Staatsgebietes in An-
spruch nimmt, hat das Doppelte der Sätze des
§ 5 zu bezahlen. Bei Verpflegung der Feuerwehr
auf Brände oder Unfallsstellen sind die baren
Auslagen zu erstatten. Das Gleiche gilt für
Hilfeleistungen bei Bränden und Unfällen auf
Schiffen, die nicht im Lübeck beheimatet sind.

§ 4.

Bei bewilligten Alarmierungen der Feuer-
wehr ist von dem Tarif erwartet eine Vergütung
nach § 5 zu entrichten unter Berücksichtigung der
Stärke, in der die Feuerwehr ausgerückt ist, min-
destens jedoch in Höhe von 100 Mark.

Etwas Sädenvergütungspflichtige der Behörde
für das Feuerlöschwesen bleiben dadurch unab-
hängig.

§ 5.

A. Gestellung von Personal.

1. Mit Theater oder ähnliche Sicher-
machen in geschlossenen Räumen
für jeden Beamten die Stunde
2. für andere Arbeits- u. Lüf-
fleistungen für jeden Überbeamten
die Stunde
3. für jeden Brandmeister oder im
Kurze Gleichzeitigkeit die Stunde
für jeden Obergeordneten die
Stunde
4. für jeden Feuerwehrmann die
Stunde
5. für Dienstleistungen zu Ziffer 2
und in der Nachzeit stunde C
Ziffer 5) ein Brüllatz von 50%
erhoben.

B. Gestellung von Fahrzeugen und Geräten.

1. 1 Feuerwehrwagen für je
6 Std.
2. ein 45 mm-Schlauch für je 6
Stunden
3. ein 71 mm-Schlauch für je 6
Stunden
4. fahrbare Handdruckpumpe ohne
Gefäß und Mannjagten
1 Stunde
5. fahrbare Dampfpumpe ohne Ge-
fäß und Mannjagten 1 Std.
6. Motorwagen ohne Mannjagten
1 Stunde
7. Motorpumpe ohne Mannjagten
1 Stunde
8. Getriebeautomat ohne Mann-
jagten 1 Stunde
9. 1 Automobil ohne Gefäß und
Mannjagten 1 Stunde
10. Motorwagen ohne Gefäß und
Mannjagten 1 Stunde
11. Grünwagen nebst Gerät, ohne
Gefäß und Mannjagten
1 Stunde
12. schwere mechanische Seile ohne
Gefäß und Mannjagten
1 Stunde
13. 1 Gefäß von 2 Werten mit
Gitter 1 Stunde
14. 1 Schießpistole 1 Stunde
15. Gefäß und Motorpumpe zum Lösen
von Niedern 1 Stunde
16. schwere Riesengabel 1 Stunde 50 bis
60. Kranfahrzeuge.

1. für Dienstleistungen inner-
halb des § 2
2. von und nach den inneren Vor-
städten
3. von und nach den äußeren Vor-
städten, sowie von und nach
ländlichen Landgemeinden, für
jedes vom Kurhause zu bestimmende
angefangene Kilometer Wege-
länge
4. von und nach Orten, die nicht
im lübeckischen Staatsgebiet
liegen, für jedes angefangene
Kilometer Wegeleiste vom Kur-
hause zu bestimmen
mindestens jedoch
5. von und nach Orten, die nicht
im lübeckischen Staatsgebiet
liegen, für jedes angefangene
Kilometer Wegeleiste vom Kur-
hause zu bestimmen
mindestens jedoch

1500,-

5. bei Beförderungen in der Bahn,
Beihabbar für eine Tragbahre
Wäsche und 2 Decken 100,-
6. bei allen Beförderungen, die mehr
als drei Stunden in Anspruch
nehmen, das nach der Vorschrift
über den Ertrag von Dienstreise-
fesseln zu zahlende Tagegeld.
7. bei Beförderungen von Personen
mit ansteckenden Krankheiten außer
vorstehenden Gebühren:

bei Gestellung von Begleit-
mannschaft für jede Beför-
derung an Werktagen in
der Zeit von 6½ Uhr norm.
bis 5 Uhr nachm., für jeden
Begleiter, bis zu einer Dauer
von 2 Stunden

12,-

6,-

für jede weitere angefangene
Stunde für jeden Begleiter

20,-

30,-

bei Gestellung von Begleit-
mannschaften an Sonn- und
Feiertagen, sowie außerhalb
der angegebenen Zeit, für
jeden Begleiter den nach dem
Tarif für Staats- und
Gemeindearbeiter geltenden
Stundenlohn.

Für Desinfektion des Wagens
Bei Gestellung von Decken für
jede Decke

8. Für Krankentransporte, welche zur
Nachtzeit ausgeführt werden,
(April bis September 10 Uhr
6 Uhr morgens) wird ein Zu-
schlag von 50 Prozent auf die
Fahrtkosten erhoben.

9. Für Benutzung oder Nebenkostung
eines Fahrradabstellplatzes oder
Pulmotos die Stunde

100,-

10. Gestaltung eines Fahrzeuges zur
Beförderung der unter 9 genannten
Apparate wird nach den Sätzen
unter C 1—4 berechnet.

11. Die Auslagen für verbrauchte
Verbandstoffe sind zu erheben.

B. Allgemeines.

für alle unter A—C nicht aufgeführt lach-
lichen Aufwendungen werden die entstandenen
Selbstkosten erhoben.

S. 6.

Die Behörde für das Feuerlöschwesen behält
sich vor, leistungsfähigen Schuldnern im ein-
zelnen Falle Entlastung oder auch völlige Be-
freiung von den angegebenen Sätzen zu ge-
währen.

Vorstehender Tarif trifft mit erfolgter Ver-
öffentlichung in Kraft. (8977)

Lübeck, den 6 November 1922.

Die Behörde für das Feuerlöschwesen.

15,-

Mit.

150,-

100,-

50,-

60,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-

150,-

100,-